01 Andresen 20.06.2007 0:40 Uhr Seite 9

Christopher Andresen: Arbeiter- und Soldatenräte in Flensburg 1918/19

0. Einleitung. Obgleich die Revolution von 1918/19 mittlerweile zu einem „der bester-forschten Abschnitte der neueren deutschen Geschichte“[1] zählt, gibt es nach wie vor Meinungsunterschiede bei ihrer Bewertung. Wenn auch die großen Grabenkämpfe zwischen eher sozialdemokratischen, kommunistischen[2] und konservativen Historikern ihren Zenit mittlerweile schon eine ganze Weile überschritten haben und es alles in allem eher ruhig um die Revolutionsforschung geworden ist, ist ein letztgültiges Urteil über die zweite deutsche Revolution noch immer nicht gefällt worden: Sollte man die Novemberrevolution als erfolgreich bezeichnen, da in ihrem Verlauf nicht nur die Monarchie gestürzt, sondern auch wichtige Errungenschaften wie etwa die Einführung des Acht-Stunden-Tages durchgesetzt wurden? Oder handelte es sich lediglich um eine halbe Revolution, die unterwegs stecken geblieben ist und die bereits den Weg für die nationalsozialistische Herrschaft ebnete?[3]

All das sind Fragen, die insbesondere während der 1960er und 70er Jahre bei der Hinwendung der Geschichtswissenschaft zur historischen Sozialwissenschaft und der Erforschung der Arbeiterbewegung[4] ausführlich behandelt worden sind und die im Rahmen dieser kleineren Arbeit naturgemäß keine abschließende Beantwortung finden können und sollen.[5] Doch gibt es auch auf diesem gut absteckten Forschungsfeld noch Lücken, zumal, wenn es um die Erforschung der Revolution und der mit ihr einhergehenden Gründung von Arbeiter- und Soldatenräten in den eher provinziellen Regionen des Reiches geht. Ein Beispiel dafür ist Flensburg, das zwar an der Peripherie gelegen, aber im Jahre 1918 noch nicht unmittelbare Grenzstadt war.

Denn obwohl es in Flensburg bereits seit dem 5. November 1918 einen Soldatenrat und seit dem 7. November einen vereinigten Arbeiter- und Soldatenrat (ASR) gab, der es bereits zwei Tage, bevor die Revolution in der Reichshauptstadt Berlin erfolgreich war, geschafft hatte, sowohl die militärische als auch die administrative Gewalt zu übernehmen und obwohl Flensburg zu einer der ersten Gegenden im Deutschen Reich überhaupt gehörte, in denen der Acht-Stunden-Tag eingeführt wurde, gibt es bis heute kaum wissenschaftliche Veröffentlichungen zu diesem Thema. Noch heute scheint es, als stünden die Ereignisse im übrigen Schleswig-Holstein im Schatten der für die deutsche Geschichte bedeutenderen Vorgänge in Kiel.

Das mag für Flensburg an der eher bescheidenen Quellenlage liegen, doch fällt auf, dass dennoch bei keiner der bisherigen Veröffentlichungen, die sich entweder konkret oder im Rahmen ihrer Auseinandersetzung mit der Novemberrevolution und dem ASR in Flensburg beschäftigten, jemals alles verfügbare Quellenmaterial verwendet worden ist.

Ziel dieser Darstellung soll sein, nach einer Analyse der demografischen und politischen Lage in Flensburg im November 1918 anhand von Bevölkerungsstatistiken und Wahlergebnissen eine chro-

1 Rürup, S. 6.
2 Gemeint sind hier insbesondere DDR-Historiker, vgl. ebd. S. 5ff.
3 Vgl. Kluge, S. 11-13, besonders die sozialwissenschaftliche Definition des Begriffes Revolution.
4 Vgl. Rürup, S. 17.
5 Vgl. ebd., S. 10ff und Kluge, S. 14-39.

01 Andresen 20.06.2007 0:40 Uhr Seite 10

Peter Michelsen, geb. 1866, gelernter Schuhmacher, zusammen mit Hugo Hellwig Co-Autor von „Die November-Vorgänge in Flensburg 1918", 1912-24 sozialdemokratischer Stadtverordneter von Flensburg, 1918 kurzzeitig Beigeordneter des Landrats, von 1919-1921 sozialdemokratisches Mitglied der Nationalversammlung und des Reichstags. Zusammen mit Waldemar Sörensen einflussreichstes Mitglied der Flensburger SPD in den Zeiten der Revolution. Aus: StA Flensburg IV D 172.

nologische Ereignisgeschichte zu schreiben, die erstmalig alle fassbaren Quellen verarbeitet. Der Fokus wird dabei auf den Ereignissen im November liegen, da für diese Phase das Quellenmaterial am ergiebigsten ist. Neben den Zeitungsmeldungen der großen Flensburger Zeitungen, also der sozialdemokratischen Flensburger Volkszeitung (FVZ), der eher liberalen Flensburger Norddeutschen Zeitung (FNZ) und der nationalkonservativen Flensburger Nachrichten (FN) und den Verwaltungsakten aus dieser Zeit, die auch die offiziellen Tagebucheintragungen des damaligen Flensburger Oberbürgermeisters Dr. Todsen enthalten, stehen die Tagebücher des Feldwebels Bues, der vom 6. November bis zum 23. Dezember 1918 Mitglied des Soldatenrates war, und die Reflexionen der Flensburger Sozialdemokraten Peter Michelsen und Hugo Hellwig, die zwar erst etwa 1930 allerdings unter Verwendung der inzwischen verloren gegangenen Protokolle und des Schriftverkehrs sowohl des ASR als auch der Flensburger SPD entstanden sind, im Mittelpunkt. Die beiden letzten zwar subjektiven, aber trotz aller Einschränkungen sehr aussagekräftigen Quellen versetzen uns in die Lage, für den November

01 Andresen 20.06.2007 0:40 Uhr Seite 11

ein relativ umfassendes Bild der Revolution in Flensburg nachzeichnen zu können.

In einem zweiten Abschnitt werden zwei der vom Flensburger ASR publizierten Flugblätter, insbesondere „Was wir wollen!“ vom 9. November 1918, analysiert und die in diesen vertretenen Positionen mit der Verwaltungsrealität kontrastiert werden. Zudem wird analysiert werden, welche Ideen und Forderungen aus dem Erfurter Programm der SPD von 1891 in diesen Flugblättern greifbar werden. Der letzte Abschnitt befasst sich mit einem eher neueren Forschungsansatz, nämlich der Erinnerungskultur. Wie gingen die Flensburger erstens in der Weimarer Republik, aber dann auch an Jahrestagen mit ihrer Revolution um?

Aus der Sekundärliteratur sollen neben der einzigen wissenschaftlichen Publikation, die sich ausschließlich mit den Novemberereignissen beschäftigt und die der Flensburger Studienassessor Dieter Pust bereits 1972 verfaßte[6] , noch der Artikel Horst Windmanns aus dem Sammelband „125 Jahre SPD in Flensburg“ hervorgehoben werden.

Für die eher allgemeinen Betrachtungen fanden insbesondere der zum 75-jährigen Jubiläum der Revolution im Rahmen des Gesprächskreises Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn gehaltene Vortrag Reinhard Rürups und die Betrachtungen Ulrich Kluges Verwendung.

Zusätzlich noch, allein schon aus geografischen Gründen, aber natürlich auch, da die Thesen des Kieler Historikers Karl-Dietrich Erdmann lange Zeit eine hohe Geltung innerhalb der Revolutionsforschung hatten, wird diese Arbeit versuchen, kritisch zu beleuchten, ob es für Flensburg zu irgendeinem Zeitpunkt die Wahl zwischen Rätestaat oder parlamentarischer Demokratie gab.

Trotz aller Bemühungen erhebt diese Arbeit selbst für die Flensburger Ereignisse weder Anspruch auf Vollständigkeit noch darauf, einen Schlusspunkt für die historische Forschung in diesem Bereich zu setzen.

1. Quellenlage: Die zwei erzählenden Quellen. Auch wenn die Quellenlage für das Jahr 1918 besser sein könnte, als sie es am heutigen Tage tatsächlich ist, haben wir für die Novemberrevolution und die Gründung des ASR in Flensburg zwei Quellen von enormen Aussagewert, da diese zeitgleich bzw. in relativer Zeitnähe zu den Ereignissen von direkt involvierten Personen verfasst worden sind.

Zum einen verfügen wir über den etwa um das Jahr 1930 verfassten Bericht „Die November-Vorgänge 1918 in Flensburg“[7], den der langjährige Stadtverordnete und Abgeordnete der Nationalversammlung, Peter Michelsen, zusammen mit Hugo Hellwig, der während des Bestehens des ASR Vertreter der Genesungskompanie und auch später für die Flensburger SPD in verschiedenen Ausschüssen tätig war, schrieb. Zwar liegen zwischen den tatsächlichen Ereignissen und der Niederschrift der Erinnerungen mehr als zehn Jahre, doch gibt es gute Gründe, die für die Akkuratesse der Aufzeichnung spre-

6 Die für diese Arbeit relevante Fassung entstammt dem Sammelband „Flensburg in Geschichte und Gegenwart“, eine gekürzte Neufassung findet man auch in: Die Heimat 76 (1969), S. 273ff.

7 StA XII Hs 2119, im Folgenden: Hellwig/Michelsen.

01 Andresen 20.06.2007 0:40 Uhr Seite 12

chen. Zum einen wären da die Grundlagen zu nennen, auf denen der Text verfasst worden ist. Neben dem persönlichen und hautnahen Erleben der Novemberrevolution und des ASR standen den beiden Sozialdemokraten, wie bereits in der Einleitung kurz erwähnt, sowohl die Protokolle des ASR als auch die der Flensburger SPD zur Verfügung. Zudem konnten sie noch den Schriftverkehr des ASR auswerten; Originaldokumente, die uns heute nicht mehr zur Verfügung stehen. Doch gibt es außer der breiten Quellenbasis und der Involviertheit noch einen weiteren Aspekt, der für dieses Dokument spricht. Kurz nach der Niederschrift wurde der Bericht nämlich dem Flensburger Oberbürgermeister Dr. Hermann Bendix Todsen zur Überprüfung auf dessen Richtigkeit vorgelegt.[8] Dessen maschinenschriftliche Antwort liegt vor und fällt bis auf Kleinigkeiten rundum positiv aus.[9] Da Dr. Todsen weder Freund noch Befürworter der revolutionären Bewegung war, ist sein positives Urteil quasi der „Ritterschlag“ für dieses Dokument.

Ein zweites Dokument, dessen Anspruch auf Objektivität schon durch die Quellensorte in Frage gestellt ist, sind die Tagebuchaufzeichnungen des Flensburger Feldwebels Bues.[10] Dieser war, wie seinen Aufzeichnungen zu entnehmen ist, seit 1911 Angehöriger der Infanterie und kehrte im Herbst 1918 nach langem Fronteinsatz nach Flensburg zurück. Obgleich von höchster Detailtreue und unmittelbarer Einsicht in die Vorgänge unter den Infanteristen und die Tätigkeiten des ASR getragen, ist diesen Aufzeichnungen nur mit äußerster Vorsicht zu trauen, denn Bues, obgleich selber gewählter Soldatenrat, stand der Revolution im Ganzen eher ablehnend gegenüber und geriert sich in seinem Tagebuch als kaisertreuer Patriot, dem „der Kaiser nichts getan [hatte, da dieser selbst] ein Opfer des Systems geworden“ sei.[11] Wie es bei persönlichen Tagebüchern, die einer der subjektivsten Quellensorten angehören, üblich ist, lässt Bues den Berichten über die politischen Tagesgeschehnisse unmittelbar persönliche Wertungen folgen, die, wenn man seine Aussagen mit anderen Dokumenten vergleicht, im schlimmsten Fall stark verzerrend wirken (vgl. 3.1.1.). Trotzdem aber sind seine Aufzeichnungen, die vom 15. November bis zum Silvestertag 1918 reichen, ein Dokument, um das man bei einer Darstellung der Flensburger Ereignisse nicht herumkommt und dessen Angemessenheit in vielen Fällen auch durch andere Quellen bestätigt wird.

2. Die politische und demografische Lage in Flensburg bis zum Vorabend der Revolution. im Jahre 1915 hatte Flensburg 68 636 Einwohner. Für das Jahr 1920 ist ein leichter Rückgang auf nur noch 65 018 zu verzeichnen.[12] Zieht man aber in Betracht, dass etwa 2000 Flensburger als Soldaten im Ersten Weltkrieg gefallen waren, bleibt die Zahl relativ konstant.[13] Es handelt sich also um die größte Stadt Südschleswigs, die aber im Vergleich zu den größeren Städten Schleswig-Holsteins wie etwa Kiel mit etwa 200 000 und Altona mit etwa 150 000 Einwohnern im Jahre 1917 weit zurückfällt.

8 Nachdem Dr. Todsen bereits von 1893 bis 1898 zweiter Bürgermeister Flensburgs gewesen war, war er von 1898 bis zum Jahr 1930 für die fast unglaubliche Zeitspanne von 32 Jahren Erster Bürgermeister Flensburgs. Für einen kurzen Überblick über sein Leben, vgl. Otto Schütt: Oberbürgermeister Dr. Todsen zum Gedächtnis; in: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 73 (1949), S. XXXI-XXXIII.

9 Vgl. Hellwig/Michelsen.

10 StA XII Hs 3153, im Folgenden: Bues.

11 Vgl. Bues.

12 Flensburg in Geschichte und Gegenwart, S. 414.

13 Ebd. S.407.

01 Andresen 20.06.2007 0:40 Uhr Seite 13

Betrachtet man die Wahlergebnisse zum Reichstag von 1912, erkennt man, dass die Bevölkerung Flensburgs sich im Wesentlichen aus zwei größeren, mehr oder weniger zusammengehörigen politischen Gruppen zusammensetzt.

Zwar wurden die Sozialdemokraten, wie es dem reichsweiten Trend entsprach, auch in Flensburg-Stadt mit 5 765 Stimmen stärkste Partei, doch fällt auf, dass insbesondere die Fortschrittliche Volkspartei mit 3544 Stimmen weit über den reichsweit erreichten 12,2 Prozent lag. Zusammen mit den von den Nationalliberalen erreichten 1358 Stimmen, waren die Ergebnisse für den liberalen Flügel des politischen Spektrums sogar außergewöhnlich gut und fast gleichauf mit dem der Arbeiterpartei.[14] Für diesen Wahlerfolg ist die kaufmännisch-bürgerliche Schicht Flensburgs verantwortlich, der die Stadt nach der zu Beginn des 20. Jahrhunderts doch erheblich abflauenden Bedeutung als Handelsstadt immer noch eine Heimat bot. Die Arbeiterschaft, die vor allem in den Werften beschäftigt war, wählte naturgemäß sozialdemokratisch, was für Flensburg nahezu eine politische Pattsituation zwischen bürgerlich-liberalen und werktätig-sozialistischen Anhängern bedeutete. Diese spiegelte sich im nach Zensus gewählten Stadtparlament allerdings nicht wider, da in diesem in den Jahren von 1913 bis 1918 – von 1914 bis 1918 fanden wegen des Krieges keine Wahlen statt – 19 bürgerlichen lediglich fünf sozialdemokratische Stadtverordnete gegenüber standen.[15]

Im Jahre 1913 hatte der Flensburger Ortsverein der SPD 1855 Mitglieder, von denen sich im Jahre 1918 noch 790 vor Ort befanden, während die übrigen Männer zum Militärdienst eingezogen waren.[16]

Folgende Seiten: Aufnahme vom 12. Januar 1919, die die wichtigsten Mitglieder des ASR zusammen in der Mitte der Fotografie abbildet. V.l.n.r.: Asmus Thomsen (mit Melone), Wilhelm Haberlandt (mit Hut und erhobenem Arm; Haberlandt war von 1905 bis 1916 und noch mal kurz 1919 Vorsitzender der Flensburger SPD und von 1919 bis 1922 Stadtverordneter), Schreibermaat Walter Kühne (SR-Vorsitzdender der Marine), Hugo Hellwig (auf diesem Bild in seiner Funktion als Vertreter der Genesungskompanie), Sergeant Albertus Simon (SR-Vorsitzender des Heeres). **Aus: StA Flensburg IV D 172.**

3. Flensburg vom November 1918 bis zur Wahl der verfassungsgebenden Nationalversammlung am 19. Januar 1919

3.1. Revolution und Gründung des ASR

3.1.1. Die Stimmungslage bei SPD und Soldaten Anfang November 1918

Die Revolution kam nach Flensburg, ohne dass auch nur einer ihrer künftigen Protagonisten im Entferntesten auf diese vorbereitet gewesen wäre.

Zwar gab es unter den Marineangehörigen in Mürwik und ebenso unter den Angehörigen der Infanterie, die vor allem in Duburg stationiert waren, schon seit längerer Zeit Äußerungen der Unzufriedenheit, insbesondere hinsichtlich der sich beständig verschlechternden Versorgungslage und der immer härter werdenden Bestrafungen, die von den lokalen Offizieren zahlreich verhängt wurden, um den mit der stetig sinkenden Moral einhergehenden Undiszipliniertheiten in der Truppe Herr zu werden. Doch obgleich Berichte über die Zuspitzung der Situation unter den Militärangehörigen auch dem damaligen Flensburger SPD-Ortsvorsitzenden, Asmus Thomsen, sowohl durch sozialdemokratisch gesinnte Matrosen als auch durch Arbeiter der Torpedowerkstätten, die die aufgebrachte Stimmung hautnah miterleben konnten, zugetragen wurden, gaben diese Unmutsäußerungen offensichtlich weder Thomsen noch den übrigen

14 Alle Zahlen aus: Flensburg – Geschichte einer Grenzstadt, S. 561.
15 Vgl. 125 Jahre SPD in Flensburg, S. 309.
16 Vgl. ebd., S. 303.

01 Andresen 20.06.2007 0:40 Uhr Seite 14

01 Andresen 20.06.2007 0:40 Uhr Seite 15

01 Andresen 20.06.2007 0:40 Uhr Seite 16

sozialdemokratischen Stadtverordneten den Anlass, an die Gefahr beziehungsweise die Möglichkeit zu denken, dass diese Unzufriedenheit der Funke sein könnte, der den kaiserlichen Obrigkeitsstaat in seinen Grundfesten erschüttern und letztendlich sogar stürzen könnte. Vielmehr war für die Flensburger Sozialdemokratie klar, dass der Krieg bis weit in das Jahr 1919 fortdauern würde; und dieses wurde auch allgemein gebilligt:

„Irgendwelche Diskussionen in Gewerkschaftsversammlungen oder in Versammlungen der sozialdemokratischen Partei über Gewaltmaßnahmen zur Herbeiführung des Kriegsendes haben nicht stattgefunden, und auch in Privatgesprächen kam eine solche Stimmung nicht zum Ausdruck.“[17]

Die offenkundige politische Lethargie, in der die Flensburger Arbeiterschaft, die Gewerkschaften und auch der Ortsverband der SPD verharrten, führen Hellwig und Michelsen darauf zurück, dass sich nahezu alle politisch aktiven Genossen im Felde befanden und die Aufrechterhaltung des politischen Geschäfts, jedenfalls insofern es die Arbeiterschaft betraf, allein bei den vier sozialdemokratischen Stadtverordneten Peter Michelsen, Asmus Thomsen, Paul Diez und Waldemar Sörensen lag. In Flensburg gab es bis 1919 nämlich weder einen Ortsverband der USPD[18] noch zu irgendeiner Zeit Anhänger der vor allem in den größeren Städten Deutschlands, so auch in Kiel, aktiven „Revolutionären Obleute“:

„In verschiedenen anderen Städten hatte die unabhängige Arbeiterpartei schon zahlreiche Anhänger gefunden, aber in Flensburg war von einer radikalen Strömung nichts zu spüren.“[19]

Noch anders stellte sich die Lage bei den Militärangehörigen dar. Zwar müssen wir uns für die Bewertung der Stimmung unter den Infanteristen auf die Aufzeichnungen des Feldwebels Bues stützen, der wahrlich kein Freund des Sozialismus war, doch ist durchaus wahrscheinlich, dass die von ihm vertretene Position bezüglich der frühen Berichte über die Aufstände in Kiel innerhalb der Truppe nicht ungeteilt war, zumal er im vorliegenden Fall in der ersten Person Plural spricht:

„Mit einiger Scheu und Widerwillen betrachteten wir dieses rote Tuch, dies Tuch der blutigen Revolution.“[20]

Durch die Verwendung der Worte „Scheu“ und „Widerwillen“ wird an dieser Stelle recht klar verdeutlicht, dass ein offenes Bekenntnis zum Sozialismus, wie es das Hissen der roten Fahne impliziert, nicht von allen Soldaten goutiert wurde.

Und auch unter den Matrosen gab es abwehrende Reaktionen auf die revolutionären Vorgänge in Kiel und das Hissen der roten Fahne; also auch hier zumindest bei Teilen eine Ablehnung der augenscheinlichen Hinwendung zum Sozialismus. So überlegte die Mannschaft des Kriegsschiffes „Schlesien“ nach der Übernahme der Befehlsgewalt durch den ASR am 7. November 1918 anfangs, sich mit Waffengewalt gegen die Revolutionäre zur Wehr zu setzen.[21]

Trotzdem kommen nun Hellwig und Michelsen zu dem Urteil, dass die einzelnen Mitglieder der Flensburger Soldatenräte, also so-

17 Vgl. Hellwig/Michelsen; eine Episode von fast anekdotenhaftem Charakter, die aber dennoch ungeheuer aufschlussreich ist, ist die Reaktion Thomsens auf die ersten Berichte von den Aufständen in Kiel, wonach er bei der Gartenarbeit von diesen erfährt und anschließend seine Arbeit fortsetzt, ohne in den Kieler Ereignissen einen revolutionären Aufstand zu sehen, geschweige denn eine Bedeutung für Flensburg zu erkennen. Man kann aus diesem Verhalten durchaus den Rückschluss ziehen, dass der Gedanke an „Revolution“ bzw. die Entfachung einer solchen in ihrem eigenen beschränkten Wirkungsgebiet in den Köpfen der Flensburger SPD-Führer zu diesem Zeitpunkt nicht stattfand.

18 Eine Ortsgruppe der USPD wurde in Flensburg erst am 7. Januar 1919 gegründet, eine KPD-Gruppe sogar erst im Mai, vgl. 125 Jahre SPD in Flensburg, S. 54.

19 Hellwig/Michelsen.

20 Bues.

21 Vgl. Hellwig/Michelsen; die „Schlesien“ lief letztendlich in der Nacht vom 7. auf den 8. November 1918 ohne Kampfhandlungen nach Dänemark aus.

01 Andresen 20.06.2007 0:40 Uhr Seite 17

wohl die Matrosen als auch die Infanteristen, „bis auf einzelne Ausnahmen, ganz unpolitische Leute [waren, die] niemals im politischen Leben gestanden“[22] hatten. Diese politische Unerfahrenheit beziehungsweise das „Unpolitischsein“ begründen sie unter anderem mit der steten Forderung der Vertreter der Soldatenräte nach baldigen Wahlen zu einer Nationalversammlung, die die Räte überflüssig machen würde.[23]

Es stellt sich mithin die Frage, ob an dieser Stelle nicht vielmehr das Fehlen einer sozialdemokratischen Überzeugung unter den Militärangehörigen beziehungsweise deren Glauben an das Rätesystem beklagt wird als das völlige Fehlen einer politischen Einstellung.

Dass es nämlich unter den Soldaten durchaus eine wie auch immer geartete politische Gesinnung gab, machen exemplarisch die Tagebuchaufzeichnungen des Feldwebels Bues, immerhin eines gewählten Mitglieds des strukturell basisdemokratischen Soldatenrates, deutlich.

In diesen bekennt er sich nicht nur solidarisch zum Kaiser, der seiner Meinung nach nur das Opfer unfähiger Militärs geworden sei, sondern lässt vielmehr durchblicken, dass er selber kei-neswegs eine rein demokratische Überzeugung vertritt, wenn er über die neugegründeten Räte sagt: „Eine Masse lässt sich eben nicht durch Vernunft regieren.“[24] Seine Vorstellung einer zukünftigen Politik gründet vielmehr auf schwülstigen Idealen, die nur in Teilen mit einer sozialistischen Revolution vereinbar sind:

„Unsere Bausteine sind Freiheit und Gerechtigkeit, Gleichheit und L i e b e. Ein Volk in der Liebe fest vereint, wird und kann nicht untergehen, es bleibt unbesiegbar. Möchten wir doch alle diesem hohen Ideal zustreben.“[25]

Der Feldwebel aber macht an dieser Stelle keineswegs halt, sondern ebnet Schlagworten wie „Novemberverbrecher“ und „Dolchstoß“ einen Weg, noch bevor diese Eingang in ein öffentliches politisches Bewusstsein gefunden haben konnten:

„Und das ist Schuld der Revolution; hätte die Heimat noch einige Wochen gehalten, dann wären die Waffenstillstandsbedingungen nicht so hart gewesen, dann hätte auch noch manches gerettet werden können, was nun der Vernichtung anheim gefallen ist. Es ist wirklich so, die Heimat hat die Front besiegt. Wenn wir auch jetzt einem schönen Ideal folgen, vor dieser Tatsache brauchen wir die Augen nicht zu schließen.“[26]

Bues, der sich laut Selbstaussage dem Soldatenrat sowieso nur angeschlossen hat, um einen Funken Vernunft in den ansonsten „aus unfähigen Leuten“[27] zusammengesetzten Rat zu bringen, vertritt schon Mitte November 1918 eine so dezidiert ablehnende Haltung gegenüber der Revolution, dass diese, in Kenntnis der zukünftigen Agitation durch Deutschnationale und Nationalsozialisten während der Weimarer Republik, geradezu prophetisch wirkt.

Unbestritten bleibt aber, dass ohne die Soldaten und Matrosen die Ereignisse des Novembers 1918 in Flensburg niemals hätten stattfinden können.[28]

22 Vgl. Hellwig/Michelsen.
23 Ebd.
24 Bues.
25 Ebd.
26 Ebd.
27 Ebd.
28 Zu diesem Ergebnis kommen aber auch Hellwig und Michelsen: „Für die Flensburger Ereignisse war von entscheidendem Einfluß die Stimmung unter der Marine und der Infanterie.“

01 Andresen 20.06.2007 0:40 Uhr Seite 18

Insbesondere der Unmut, den der neue Ortskommandant des Heeres, General von Boeckmann, unter den Angehörigen der Infanterie hervorrief, stellt eine bedeutende Triebfeder der Ereignisse dar. Ein Aufbegehren gegen Boeckmanns langjährigen Vorgänger, Generalleutnant John von Freyend, der bei seinen Untergebenen sehr beliebt und angesehen war, nämlich wäre ungleich schwieriger gewesen.[29]

3.1.2. Dienstag, der 5. November 1918. Dass es in Kiel bereits am 3. November 1918 zu Unruhen, Aufständen, kurz Meuterei unter den dortigen Matrosen gekommen war[30], erfuhren die Marineangehörigen in Mürwik spätestens am 4. November durch den entlang der Ostseeküste stetig pendelnden Schnellbootverkehr. Auch von den scheinbar blutigen Auseinandersetzungen wurde berichtet, doch war die Stimmung unter den Flensburger Matrosen zu diesem Zeitpunkt noch vorsichtig zurückhaltend, so dass aus den Kieler Ereignissen unmittelbar keine eigenen Aktionen entsprangen, sondern ersteinmal abgewartet wurde, wohin der Weg der meuternden Kieler Matrosen und ihres gerade gegründeten Arbeiter- und Soldatenrates führen würde.[31]

Die Flensburger Bevölkerung und somit auch die Flensburger Arbeiterschaft wurden über die Ereignisse in Kiel erst am 5. November durch die Flensburger Volkszeitung, deren Geschäftsführer Waldemar Sörensen war, informiert, die auf ihrer Titelseite in dicken Lettern verkündete: „Die Flotte unter der roten Fahne. Der Sieg der Freiheit“.[32]

Nachdem die SPD-Stadtverordneten bereits am Vortag von den Kieler Ereignissen in Kenntnis gesetzt wurden[33], ohne, genau wie die Matrosen, in irgendeiner Form aktiv zu werden, überschlugen sich jetzt in kürzester Zeit die Ereignisse: „Wenn es auch hier [i.e. in Flensburg] nicht ebenso schnell wie in Kiel zur offenen Auflehnung kam, so war die Stimmung doch die gleiche.“[34]

Nachdem nämlich ein Sieg der Kieler Aufständischen zu verzeichnen war, machten die Matrosen den Anfang, indem sie im Laufe des 5. Novembers unter Mithilfe von Asmus Thomsen ihre Kameraden für den Abend zu einer Vollversammlung ins Flensburger Gewerkschaftshaus zusammenriefen.

Obgleich für die Infanterie der Befehl ergangen war, der Bildung von Soldatenräten in jeder Form entgegen zu wirken und der neue Ortskommandant Boeckmann auch alles versuchte, diesen Befehl in die Tat umzusetzen, leisteten die Truppen der Garnison Flensburg letztendlich aber zu keinem Zeitpunkt Widerstand.

Unter welchem Druck und welcher Anspannung die über tausend anwesenden Matrosen[35] aber dennoch gestanden haben müssen, mithin welche Furcht sie vor Vergeltung durch etwaige Maschinengewehrverbände hatten, von denen das Gerede umging, einige wären nach Flensburg gerufen worden[36], zeigt die Reaktion der Masse auf das gegen Ende der Veranstaltung aufkommende Gerücht, bewaffnete Truppen hätten vor dem Gewerkschaftshaus Stellung be-

29 Vgl. Hellwig/Michelsen.

30 Für eine detaillierte Schilderung der Kieler Ereignisse, vgl. Dähnhardt, S. 48ff.

31 Vgl. Bues und Geschichte einer Grenzstadt, S. 405ff. Dass Bues so detaillierte Einsicht in die Vorgänge bei der Marine hat, erklärt sich daraus, dass er nach eigenen Angaben von den Infanteristen zu deren „Verbindungsmann“ zur Marine bestimmt wurde (vgl. Bues).

32 FVZ 5.11.1918.

33 Vgl. Anm. 19.

34 Hellwig/Michelsen.

35 In seinem Kommentar zu den Aufzeichnungen von Hellwig/Michelsen bezeichnet der damalige Flensburger Oberbürgermeister Dr. Todsen diese Zahl zwar als zu hoch, da aber sowohl Bues als auch die Flensburger Zeitungen (neben der FVZ auch die FNZ) die Zahl der anwesenden Menschen bestätigen, wird diese auch für diese Arbeit übernommen. Übereinstimmend wird berichtet, dass der Versammlungssaal zum Bersten voll war, da neben den Matrosen auch viele Infanteristen an dem Treffen teilnahmen (vgl. FVZ 6.11.1918).

36 Tatsächlich bat Generalleutnant Boeckmann erst am nächsten Morgen um Verstärkung aus Hadersleben (heute: Haderslev), die dann aber schon nicht mehr eintraf, vgl. auch unten.

01 Andresen 20.06.2007 0:40 Uhr Seite 19

zogen. Während der darauf folgenden kurzen Massenpanik kamen mehrere Militärangehörige, die unter anderem versuchten aus den Fenstern des Gewerkschaftshauses zu springen, zu Schaden.[37]

Immerhin aber führte die in weiten Teilen chaotisch verlaufende Versammlung zur Wahl eines 21-köpfigen Soldatenrates, oder besser eines Matrosenrates, da Angehörige des Heeres zu diesem Zeitpunkt noch nicht beteiligt waren. Dessen Mitglieder trafen sich, nachdem die Versammlung aufgelöst worden war, ohne dass es danach zu Ausschreitungen oder Demonstrationen seitens der Matrosen gekommen wäre, in der Großen Straße 7 mit den vier Stadtverordneten der SPD, um ihr weiteres Vorgehen zu besprechen.

Diese Gespräche aber waren keineswegs politischen Inhalts, sondern beschäftigten sich ausschließlich mit den Belangen der Matrosen beziehungsweise mit den von ihnen empfundenen Ungerechtigkeiten. So wurden zu später Stunde insbesondere Fragen der Verpflegung und der innermilitärischen Verwaltung diskutiert. Die SPD-Stadtverordneten waren zu diesem Zeitpunkt noch mehr oder weniger stille Beobachter und beschlossen lediglich, ein Telegramm nach Berlin zu schicken, das um die Entsendung eines Staatssekretärs bitten sollte, der die „Angelegenheit“ regeln sollte. „Noch immer dachte man nicht an politische Umwälzungen.“[38]

3.1.3. Mittwoch, der 6. November 1918. Die am Vorabend und während der Nacht erarbeiteten Forderungen, die sich an den wenige Tage vorher aufgestellten „14 Kieler Punkten“[39] orientierten, wurden am Morgen des 6. Novembers gegen 10 Uhr dem ältesten Seeoffizier in Mürwik von einer kleinen Kommission des Soldatenrates vorgetragen und auch ohne Widerstand gebilligt.[40] Im Wesentliche bestanden die Forderungen zu diesem Zeitpunkt aus vier Punkten:

1. Erleichterung der Grußpflicht, nur noch Offiziere waren zu grüßen,
2. Gleiche Verpflegung für Offiziere wie für einfache Leute,
3. Urlaubsbegünstigungen,
4. Bessere Behandlung der Mannschaften.[41]

Etwa zur gleichen Zeit versuchte Generalleutnant Boeckmann nochmals mit aller Gewalt die am Morgen eingegangene Anweisung des Generalkommandos umzusetzen und in Flensburg der revolutionären Bewegung und einer weiteren Gründung von Soldatenräten Einhalt zu gebieten. Er forderte nun auch, wie es bereits am Vortag gemutmaßt wurde, eine mit Maschinengewehren ausgerüstete Kompanie aus Hadersleben zur Verstärkung an, die ob der sich in den nächsten Tagen und Stunden überschlagenden Ereignisse aber schon nicht mehr in Flensburg eintraf. Vielmehr löste dieses Hilfegesuch in Verbindung mit der von Boeckmann angeordneten Schließung der Kasernen nun endlich auch bei den Infanteristen einen Aufstand aus, mit der Folge, dass die Soldaten unter der Führung des Sergeanten Albertus Simon den Garnisonsältesten vertrieben und dieser Flensburg, um sein Leben fürchtend und versteckt in einem Sanitätsauto, verlassen musste.[42]

37 Vgl. Bues und Hellwig/Michelsen.
38 Hellwig/Michelsen.
39 Eine genaue Auflistung findet sich bei Dähnhardt, S. 90.
40 Vgl. FVZ 6.11.1918.
41 Vgl. Bues.
42 Die Empörung über diese Vorgänge und deren Widerspiegelung in der Presse waren unter den Bürgerlichen so groß, dass Dr. Todsen persönlich sich dazu veranlasst sah, nachdem auch die Gattin Boeckmanns ihn darum ersucht hatte, in der nationalkonservativen FN eine selbst verfasste Gegendarstellung zu veröffentlichen, die den Generalleutnant als pflichtbewussten und tapferen Mann lobt, der von den äußeren Umständen gezwungen wurde, die Stadt zu verlassen. Ein maschinenschriftlicher Entwurf findet sich mitsamt einem Schreiben Todsens an den Chefredakteur der FN in: StA C II 0171.

01 Andresen 20.06.2007 0:40 Uhr Seite 20

An die Bevölkerung Flensburgs!

Befehl des Arbeiter- u. Soldatenrats!

Die militärische und zivile Gewalt ist von heute ab in die Hände des Arbeiter- und Soldatenrats gelegt. Jeder hat sich den Anordnungen dieser Stellen **sofort** und **unbedingt** zu unterwerfen! Jede Zuwiderhandlung wird streng bestraft!

Die militärische Verwaltung liegt ausschließlich in den Händen des Soldatenrats.

Die Zivilverwaltung wird von den bisherigen Beamten weiter geführt. Dem Oberbürgermeister ist als Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrats der Stadtverordnete W. Sörensen beigeordnet. Alle Anordnungen der Stadtverwaltung haben mit seinem Einverständnis zu erfolgen.

Die bisherigen polizeilichen Sicherheitsbeamten werden gemeinsam mit den militärischen Wachmannschaften die öffentliche Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten.

Jede Störung der Ordnung, Angriffe auf die Person und das Eigentum werden hart bestraft.

Plünderungen werden auf der Stelle standrechtlich geahndet!

Flensburg, den 7. November 1918.

Der Soldatenrat.
Kühne.

Der Arbeiterrat.
Paul Diez.

01 Andresen 20.06.2007 0:40 Uhr Seite 21

Unterdessen berichtete die Flensburger Presse ausführlich über die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten in Kiel, Hamburg und Lübeck.[43]

Nachdem also Generalleutnant Boeckmann Flensburg verlassen hatte und die Infanteristen nicht länger Repressalien durch ihn fürchten mussten, machten sie sich nun ihrerseits daran, einen eigenen Soldatenrat zu gründen und trafen sich zu diesem Zweck nachmittags mit dem am Vortag gegründeten Soldatenrat der Marine im Gewerkschaftshaus. Auf dieser Versammlung wurden die Angehörigen des Landheeres von Schreibermaat Walter Kühne, der den Vorsitz des Matrosenrates übernommen hatte, über die Durchsetzung der bisherigen Forderungen informiert, die die Infanteristen sogleich zu ihren eigenen machten. Eine weitere Versammlung wurde für den Abend an gleicher Stelle festgesetzt und auf dieser ersten Sitzung des „Vereinigten Heeres- und Marinerats“[44] wurden die Beschlüsse und Forderungen des Vortags noch einmal erweitert:

1. Der Soldatenrat ist anzuerkennen,
2. Befreiung von der Grußpflicht,
3. Ausstellung von Passierscheinen für den engeren Ausschuss und Vorstand des Soldatenrates über freie Bewegung zu jeder Tages- und Nachtzeit,
4. Versammlungsfreiheit für sämtliche Heeresangehörigen,
5. Offiziere dürfen keine Schusswaffen tragen.[45]

Die übrigen Forderungen behielten weiterhin ihre Gültigkeit und so wurde diese erweiterte Liste, nachdem zuvor noch „einige radikale Forderungen […] zurückgewiesen“[46] wurden, einstimmig angenommen.

Obwohl die SPD-Stadtverordneten auch diesem Treffen beiwohnten, hielten sich SPD und Arbeiterschaft noch immer zurück und machten ihrerseits keine Anstalten einen eigenen Arbeiterrat zu gründen. Das jedoch sollte sich am nächsten Tag ändern.

3.1.4. Donnerstag, der 7. November 1918. Der 7. November sollte für Flensburg der entscheidende Tag der Revolution werden.

In aller Frühe traf eine Delegation des Kieler Arbeiter- und Soldatenrates unter Führung des kriegsbeschädigten Brocks in Flensburg ein und kam im Arbeitersekretariat mit den vier SPD-Stadtverordneten und den Vorsitzenden der Soldatenräte zusammen. Brocks kam mit den Führern der Soldatenräte augenscheinlich gut zurecht. Er erklärte schließlich mit Sergeant Simon den Offizieren, „dass sie bis auf weiteres entlassen seien“[47], mit dem Ergebnis, dass die militärischen Organisationsformen sowohl bei der Marine als auch bei der Infanterie endgültig gesprengt wurden und der Soldatenrat nun unwiderruflich die militärische Macht in Flensburg übernehmen konnte, ohne dass es unter den Offizieren zu größeren Widerständen gekommen wäre[48]. Brocks Verhältnis zu den Stadtverordneten hingegen, denen er befahl „so schnell wie möglich in den Soldatenrat einzutreten und darin die Initiative zu übernehmen“[49], war derart angespannt, dass diese weitere Gespräche mit ihm ablehnten.[50] Trotz-

Abbildung links: Zweites Flugblatt des Flensburger ASR vom Nachmittag/ Abend des 7. November 1918. Oftmals fälschlicherweise als erstes Flugblatt bezeichnet, berichtet es von der Übernahme der militärischen und zivilen Gewalt durch den ASR und ist von Walter Kühne und Paul Diez unterzeichnet (Original 30 x 22 cm). Aus: StA Flensburg IV D 172.

43 Vgl. Hellwig/Michelsen.
44 Diese Formulierung findet sich bei Bues.
45 Vgl. Bues.
46 Hellwig/Michelsen; diese nennen als weitere Forderung überdies noch eine „Milderung der Strafen“.
47 Bues.
48 Vgl. Hellwig/Michelsen.
49 Zitiert nach Windmann, 125 Jahre SPD, S. 39.

01 Andresen 20.06.2007 0:40 Uhr Seite 22

dem wurde eine Großversammlung von Soldatenräten und Arbeiterschaft ins Flensburger Kolosseum einberufen, um dort einen übergreifenden Arbeiter- und Soldatenrat zu bilden. Diese Versammlung begann gegen zwölf Uhr mittags.[51] Gleichzeitig wurde ein erstes, nicht mehr im Original erhaltenes Flugblatt des Soldatenrates herausgegeben, das die Flensburger Bevölkerung aufforderte, Kinder und Jugendliche von der Straße fernzuhalten, die Fenster zu schließen und selber nur in unvermeidbaren Angelegenheiten auf die Straße zu gehen. Für eventuelle Schüsse, die auf die seit dem Vormittag mit roten Armbinden patrouillierenden Soldaten abgegeben würden, wurde harte Bestrafung angedroht.[52]

Und nun werden die Darstellungen in den Quellen und der Sekundärliteratur widersprüchlich. Laut Hellwig und Michelsen fand die Veranstaltung im Kolosseum nämlich erst nachmittags statt, was einen erheblichen Unterschied ausmachen würde, da die Stadtverordneten Michelsen, Sörensen und Diez gegen 12 Uhr ins Flensburger Rathaus aufbrachen, um Bürgermeister Todsen zu verkünden, dass der Arbeiter- und Soldatenrat die Macht in Flensburg übernommen habe:

„Inzwischen waren aber bereits Arbeiter aus den Marinewerkstätten und von der Werft auf die Straße gegangen, und damit wurde eigentlich erst die Bedeutung der augenblicklichen Situation klar. Es bestand aber in diesen Vormittagsstunden weder eine Verbindung mit auswärts, noch mit dem Soldatenrat oder mit einem größeren Kreis von Arbeitervertretungen. Die drei [i.e. Diez, Michelsen und Sörensen] waren sich klar, dass jetzt auch die Arbeiterschaft eingreifen müsse.“[53]

Da Asmus Thomsen in dem Bericht nicht genannt wird, erscheint es schon denkbar, dass dieser an der Veranstaltung im Kolosseum teilnahm, während die drei übrigen Stadtverordneten sich ins Rathaus begaben. Doch ist dann festzustellen, dass ihre Handlungen, obgleich sie im Namen des ASR sprachen, von jenem zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht legitimiert sein konnten, was ja auch im obigen Zitat explizit ausgedrückt wird. Mithin handelte es sich also um eine „Verzweiflungstat“ seitens der Flensburger SPD-Führer, um den Aufstieg auf den nun endgültig in Bewegung gekommenen Zug der Revolution nicht zu verpassen.

Während jedenfalls Brocks im Kolosseum „eine aufreizende Rede [hielt] und eine Resolution bekannt [machte], die die sofortige Abdankung forderte“[54], trafen die Stadtverordneten im Flensburger Rathaus ein und verlangten Zugang zum Büro von Oberbürgermeister Todsen:

„Heute um 12 Uhr erschienen bei mir die Stadtverordneten Michelsen, Sörensen und Diez. Sie teilten mir mit, daß der Arbeiter- und Soldatenrat hierselbst neben der militärischen Gewalt auch die bürgerliche übernommen habe und Herr Sörensen mit der Führung der Aufsicht über die städtische Verwaltung beauftragt sei. Ich erklärte, dass ich nur der Gewalt weichen könne und ihnen daher die Frage vorlegen müsse, ob sie zur Durchführung ihrer Anordnungen

50 Vgl. Hellwig/Michelsen.

51 Vgl. Pust, S.249: „Heute mittag 12 Uhr marschierten starke Infanterie- und Marineabteilungen unter den Klängen der Musik nach dem Colosseum, wo eine Versammlung stattfand.“

52 Vgl. ebd., S. 249 und Hellwig/Michelsen.

53 Hellwig/Michelsen; auffällig ist auch, dass Brocks mit keiner Silbe erwähnt wird, da dieser ja sehr wohl eine Verbindung zur Außenwelt darstellen würde.

54 Bues; die Einschätzung der Rede als aufreizend ist eine eindeutige Bewertung seitens Bues, der sich ja offen zu seiner Kaisertreue bekannte.

01 Andresen 20.06.2007 0:40 Uhr Seite 23

Auszug aus dem Kollegien-Protokoll
vom 7. November 1918.

Anwesend pp.

1a. pp.

1b. Der für die Stadt Flensburg eingesetzte Arbeiter- und Soldatenrat hat dem Herrn Oberbürgermeister mitgeteilt, daß er die vollziehende Gewalt auch auf dem Gebiete der bürgerlichen Verwaltung übernommen habe und daß bei der Lage der Verhältnisse Widerstand nutzlos sei, Vereinbarung wegen Fortführung der Geschäfte in der seitherigen Weise getroffen sei mit der Maßgabe, daß dem zur Beaufsichtigung der städtischen Verwaltung bestellten Herrn Stadtverordneten Sörensen das unbeschränkte Recht der Einsichtnahme in die Verwaltungsgeschäfte zustehe.

2 - 5 pp.

gez. Dr. Todsen Dr. V. Löhmann Detlefsen.

Ausschnitt aus dem Kollegien-Protokoll vom 7. November 1918. Aus der für 17.00 Uhr abends einberufenen Sitzung berichtete Oberbürgermeister Dr. Todsen von den Ereignissen des Tages. Aus: StA Flensburg II C 0171.

nötigenfalls Gewalt anwenden würden. Die Frage wurde bejaht, worauf ich den Herren mitteilte, daß ich unnützen Widerstand nicht versuchen, vielmehr ihren Anordnungen mich fügen werde“[55].

Eine Analyse dieses längeren Zitats zeigt deutlich, dass die Stadtverordneten erstens im Namen des ASR sprechen, ja darüber hinaus ausdrücklich angeben, von diesem beauftragt worden zu sein und auch in dessen Namen Gewalt androhen, obgleich es ziemlich offensichtlich ist, dass es sich hierbei um eine hohle Phrase handelte, deren tatsächliche Umsetzung selbst im Falle der Ablehnung durch Todsen zumindest fragwürdig bliebe (vgl. Zitat S. 21 unten). Hätte der Besuch tatsächlich vor der Versammlung im Kolosseum stattgefunden, hätten sich die SPD-Stadtverordneten auf äußerst dünnem Eis bewegt.

55 StA C II 0171, Original in Sütterlinhandschrift.

01 Andresen 20.06.2007 0:40 Uhr Seite 24

Der Oberbürgermeister
Tgb. Nr. 5837

Stralsund, 7. 11 1918

Heute um etwa 12 Uhr erschienen bei mir die Stadtverordneten Michelsen, Sörensen und Dietz. Sie teilten mir mit, daß der Arbeiter- und Soldatenrat sämtlichst neben der militärischen Gewalt auch die bürgerliche übernommen habe und daß Herr Sörensen mit der Führung der Geschäfte über die städtische Verwaltung beauftragt sei. Ich erklärte, daß ich nur der Gewalt meines Amtes und ihnen daher die Frage vorlegen müsse, ob sie zur Durchführung ihrer Anordnungen notigenfalls Gewalt anwenden würden. Die Frage wurde bejaht, worauf ich den Herren mitteilte, daß ich unter diesen Umständen nicht versuchen, viel mehr ihren Anordnungen mich fügen werde. Es wurde die städtischen Beamten i. Angestellten von ~~[illegible]~~ ihre Anweisungen nicht auf von zwei Stellen entgegenzunehmen bedürfen an der Entscheidung, ob Herr Sörensen oder ich die zeitweilige Stelle für sie hatte. Die Herren erklärten auch durch die Leitung der Geschäfte [illegible]

01 Andresen 20.06.2007 0:40 Uhr Seite 25

Jedenfalls verblieben sie mit Todsen so, dass dieser die Amtsgeschäfte weiterführe und auch den städtischen Beamten und Angestellten weiterhin vorstehe, da er die Stadtverordneten zuvor darauf hingewiesen hatte, dass jene von ihnen keine Anweisungen entgegennehmen würden.[56] Allerdings sollte ihm von nun an Waldemar Sörensen als gleichberechtigter Beigeordneter, dem neben der Beaufsichtigung der städtischen Verwaltung auch das unbeschränkte Recht auf Einsicht in die Verwaltungsgeschäfte eingeräumt werden sollte, zur Seite stehen.

In dieser Form verkündete der Oberbürgermeister die Tagesgeschehnisse auch der extra für 17.00 Uhr einberufenen Magistratssitzung, die die Entwicklungen ohne Protest zur Kenntnis nahm, denn die „unmittelbare Not drängte wichtige Augenblicksfragen in den Vordergrund".[57]

Die Versammlung im Kolosseum führte unterdessen zur Bildung eines vereinigten Arbeiter- und Soldatenrates, dessen Präsidium fürderhin aus den Räten Kühne und Weber für die Marine, Simon und Krug für das Landheer und Diez und Thomsen für die Arbeiterschaft bestand.[58]

Während die Revolution in Flensburg mit den vom ASR aufgestellten Patrouillen, die nun alle öffentlichen Gebäude bewachten, und den roten Flaggen auf allen Kriegsschiffen[59] immer sichtbarer wurde, wurde auch die Bevölkerung durch ein zweites Flugblatt über die veränderten Machtverhältnisse aufgeklärt. Dieses zweite Flugblatt verfolgte vor allem den Zweck, die Bevölkerung ruhig zu halten und eine Eskalation der Zustände zu verhindern:

„Jede Störung der Ordnung, Angriffe auf die Person und das Eigentum werden hart bestraft. Plünderungen werden auf der Stelle standrechtlich geahndet!"[60]

Der ASR machte sich nun daran, Geschäftszimmer für seine Vertreter einzurichten und requirierte zu diesem Zweck anfangs das leer stehende Bahnhofshotel, bevor die Büroräume dann wenige Zeit später in das ebenfalls still liegende Restaurant „Bürgerbräu" verlegt wurden.[61]

Der Abend endete mit einer nochmaligen Versammlung im Kolosseum, doch waren die Verhältnisse auf dieser derart chaotisch, dass sie zu keinen konkreten Ergebnissen führte. Dafür aber, wenn man Bues glauben schenken möchte, ließ dies die Flensburger Sozialdemokraten an einem Gelingen des Umsturzes zweifeln ließen:

„Am Schluß sagte mir der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei: 'So geht es nicht weiter. Hier braucht nur ein energischer Offizier zu kommen, der schmeißt die ganze Sache wieder um.'"[62]

Trotz aller Unkenrufe aber war die Revolution in Flensburg mit dem 7. November endgültig vollzogen und der vereinigte ASR konnte seine Arbeit aufnehmen.

3.2. Die Arbeit des Flensburger ASR vom 8. November 1918 bis Januar 1919.[63]

„Mit der Übernahme der Gewalt waren auch Verpflichtungen der Bevölkerung gegenüber übernommen. Die Lebensmittelnot, der

Linke Seite: Erste Seite des offiziellen Tagebucheintrags des Flensburger Oberbürgermeisters Dr. Todsen vom 7. November 1918, in welchem die Gründung des ASR und der mittägliche Besuch der sozialdemokratischen Stadtverordneten Peter Michelsen, Paul Diez und Waldemar Sörensen festgehalten werden. Aus: Flensburger StA II C 0171.

56 Vgl. ebd.: „Die Herren ersuchten mich darauf, die Leitung der Geschäfte weiterzuführen."

57 Vgl. ebd.

58 Vgl. Hellwig/Michelsen; auch wenn zu diesem Zeitpunkt kein Protest laut geworden ist, ist doch anzunehmen, dass zumindest intern die Empörung groß war, da der Stadtverordnetenvorsteher Dr. Löhmann schon bald nach dem 7. November anfing wider den ASR zu agitieren.

59 Einzige Ausnahme war die „Schlesien", vgl. Anm. 23. Die Offiziere der „Württemberg" und die der Marineschule hatten Flensburg bereits zuvor verlassen (vgl. Kunkel, S. 97).

60 Vgl. Anhang 1; Unterstreichung im Original.

61 Vgl. Hellwig/Michelsen.

62 Bues.

01 Andresen 20.06.2007 0:40 Uhr Seite 26

drohende Verlust Nordschleswigs, die Kohlennot, die Regelung des Arbeitsmarktes, die Aufnahme zurückkehrender Truppen und ihre Entlassung waren Dinge, bei denen alle tätigen Kräfte mit angespannt werden mußten."[64]

Bei einer Sitzung des ASR im Gewerkschaftshaus am 8. November 1918 spezifizierten die SPD-Stadtverordneten Diez und Michelsen die anliegenden Aufgaben in sieben Hauptpunkte:

1. Ruhe und Ordnung erhalten,
2. der Umgang mit den Offizieren,
3. die Lebensmittelversorgung,
4. das Verhältnis des ASR zu den städtischen Kollegien,
5. die Stellung zu den Bürgerlichen,
6. die Haltung zur Reichsregierung,
7. soziale Maßnahmen.[65]

Im Folgenden soll dargestellt werden, inwieweit der ASR auf die einzelnen Punkte eingegangen ist.

Wie bereits von Brocks[66] am 7. November gefordert, setzte sich die SPD nun an die Spitze der politischen Arbeit des ASR, da die Soldatenräte wenig Interesse an Belangen zeigten, die nicht unmittelbar ihren eigenen Bedürfnissen entsprachen[67] und bei ihnen seitens der Vertreter der Arbeiterschaft „ein empfindlicher Mangel an politischen Kenntnissen"[68] diagnostiziert wurde. Trotzdem aber gelang es dem ASR, der sich auch in diesem Bereich auf die althergebrachten Kräfte der Polizei und Kriminalpolizei stützte, Recht und Ordnung in Flensburg aufrechtzuerhalten. Nur diese Behörden waren berechtigt, Beschlagnahmungen durchzuführen.[69] Zusätzlich aber schuf der ASR laut Bekanntmachung vom 22. November auch ein eigenes Organ, die sogenannte Militärkriminalpolizei, deren Aufgabenfeld sich „auf die Verfolgung sämtlicher strafbarer Handlungen von Militär- und Zivilpersonen"[70] erstreckte.

Schwieriger gestaltet sich der Umgang mit den Offizieren. Nachdem eine Delegation, der unter anderem Bues, Michelsen und Weber angehörten, am 9. November in Kiel mit dem SPD-Reichstagsabgeordneten Gustav Noske, welcher sich mittlerweile an die Spitze des Kieler ASR gesetzt hatte, zusammengetroffen war, um „Anweisungen zu holen"[71], und dieser ihnen empfohlen hatte, die Offiziere, soweit sie der Bewegung freundschaftlich gesonnen waren, wieder einzustellen, wurde die Umsetzung dieser Empfehlung erst am 25. November nach zähen Auseinandersetzungen teilweise realisiert.[72] Allerdings war auch nach diesem Kompromiss klar, dass „eine Wiedereinstellung früherer Berufsoffiziere in Kommandostellen […] absolut nicht in Frage kommen"[73] konnte. Wie groß das Misstrauen gegenüber den Offizieren nach wie vor war, zeigt der Umgang des ASR mit den im Dezember heimkehrenden Regimentern[74], denen schließlich komplett, also Offizieren und Mannschaften, das Tragen von Waffen verboten wurde, da der ASR eine Konterrevolution befürchtete.[75]

Bei der Lebensmittelversorgung wurde schon wenige Tage nach der erfolgten Übernahme der zivilen Gewalt auf Markenwirtschaft umgestellt.[76] Die durch die verschiedenen Behörden beschlagnahmten

63 Hellwig/Michelsen: „Über die Tätigkeit der Arbeiter- und Soldatenräte während der nächsten Monate geben die noch vorhandenen Akten Aufschluß." Da diese Akten verloren gegangen sind, wird im nächsten Punkt eher schlaglichtartig auf die Verhältnisse innerhalb des ASR und seine konkreten Tätigkeiten eingegangen werden.

64 Ebd.

65 Vgl. Pust, S. 250.

66 Brocks wurde am 15. November festgenommen, da er sich eigenmächtig Ausweise zum Requirieren ausgestellt hatte, vgl. Bues.

67 Laut Bues wurde stundenlang über belanglose Dinge gestritten, die dann häufig wegen der unter den Ratsmitgliedern herrschenden persönlichen Animositäten (insbesondere Bues vs. Simon, die gegenseitig versuchten sich aus dem ASR auszuschließen) zu keinem Ergebnis führten, vgl. Bues und Kunkel, S. 99-103.

68 Hellwig/Michelsen.

69 FN, Nr. 269.

70 Vgl. StA C II 0171, am 14. Dezember wird diese Behörde vom Regierungspräsidenten in Schleswig endgültig bestätigt.

71 Bues.

72 Vgl. Bues. Kunkel schlussfolgert richtig, dass es in den Soldatenräten unterschiedlich radikale Fraktionen gegeben haben muss, von denen die eine (Bues) schon früh einen Ausgleich mit den Offizieren suchte, während die andere (Simon) auch am 25. November dem ausgehandelten Kompromiss nur widerwillig zustimmte; immerhin gab es bei 23 Ja- 7 Gegenstimmen (vgl. Kunkel, 101ff.)

73 Zit. nach Pust, S. 251.

74 Als Erstes traf das Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 86 am 13. Dezember in Flensburg ein.

75 Vgl. Bues.

76 Einige erhaltene Marken finden sich unter: StA XIII Dr 31.

01 Andresen 20.06.2007 0:40 Uhr Seite 27

„Hamsterwaren“ wurden der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt[77] und zusätzlich wurde die Flensburger Bevölkerung aufgefordert, auf brachliegenden Flächen Nahrungsmittel anzubauen und wildwachsende Pflanzen etc. zu sammeln.[78]

Das Verhältnis zu den städtischen Kollegien war von Anfang an durch manchmal infantile Kabbeleien bestimmt. Der Beigeordnete des Oberbürgermeisters, Waldemar Sörensen, musste mehrfach Gesuche an Todsen einreichen, in denen er diesen aufforderte, die ihm am 7. November zugestandenen Vollmachten auch tatsächlich zu gewähren.[79] Und auch das Verhältnis zu Bürgervertretung und Magistrat war von schweren Differenzen und Gegensätzen gekennzeichnet. So lehnte die Bürgervertretung am 23. November die Bewilligung der Gelder für die Verwaltung des ASR mit der Majorität der 23 bürgerlichen Abgeordneten rundheraus ab.[80] Und auch der Magistrat weigerte sich energisch, mit dem Beigeordneten Sörensen zusammenzuarbeiten:

„Der Magistrat erklärte einmütig, daß er nach wie vor die Einmengung des Arbeiterrats in der städtischen Verwaltung als widerrechtlich bezeichnen müsse und lediglich der Gewalt weiche. Er werde zur Weiterführung der Geschäfte nur solange in der Lage sein, als seine Tätigkeit nicht in seinen Amtspflichten und seiner Ehre unvereinbarer Weise beeinträchtigt werde. Herr Stadtverordneter Sörensen nahm von dieser Erklärung Kenntnis.“[81]

Die Aberkennung der Position des Beigeordneten und die devote Haltung, mit der Waldemar Sörensen die Ablehnung seiner Forderung akzeptierte, zeigt deutlich die Stärke der bisherigen Verwaltung und die Schwäche des ASR, auch wenn Sörensen seine Teilnahme an den Magistratssitzungen zu einem späteren Zeitpunkt durchsetzen konnte. Zusätzlich erreichte der ASR noch, dass alle Pressemitteilungen, sowohl der zivilen als auch der militärischen Dienststellen, durch die in ihrer eigenen Geschäftsstelle errichtete Presseabteilung gehen mussten, so dass dieser im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit tatsächlich die Oberhand hatte.[82]

Auch das Auskommen mit den Bürgerlichen in Flensburg gestaltete sich schwierig. Nachdem diese sich nämlich mit der neuen Situation abgefunden hatten, gründeten sie ihrerseits eine Vielzahl von Räten und verlangten, in einem sogenannten Volksrat an der Macht beteiligt zu werden.[83] Insbesondere der Stadtverordnetenvorsteher und Justiz-rat Dr. Löhmann verfocht diese Position offensiv und verlangte bei einer Magistratssitzung gegen Ende November die „Beseitigung des Terrors, Beseitigung der Klassenherrschaft, Mitarbeit des ganzen Volkes, [Schaffung eines] Bürgerausschusses unter Beteiligung der neugegründeten Berufs- und Bürgerräte.“[84] Da diese Forderungen auch in der Presse publiziert wurden, hatten sie ein großes Echo, das Paul Diez aber mit dem Diktum: „Das Heft behalten wir natürlich in der Hand!“[85] kurzerhand vom Tisch fegte. Schließlich erzielten die Bürgerlichen aber doch noch einen kleinen Erfolg, indem dem Beamtenrat Anfang Dezember drei beratende Stimmen im Vollzugssauschuss des ASR zugestanden wurden.[86]

77 Vgl. Pust, S.251.

78 Vgl. Anhang 2, 2. Spalte, Punkt 1 und 2.

79 Vgl. StA C II 0171.

80 Vgl. Pust, S. 251. Zu den Machtverhältnissen in der Flensburger Bürgervertretung, vgl. Punkt 2. Die spätere Erzwingung der Gelder erfolgte per Reichsgesetz.

81 Vgl. StA C II 0171. Zu dem Terminus „widerrechtlich“ bleibt noch zu erwähnen, dass Oberbürgermeister Todsen wenige Tage nach dem 7. November ein Rechtsgutachten über die Legitimität der ASR bei einem Flensburger Rechtsanwalt in Auftrag gegeben hatte, der ihm auch beschied, dass der ASR, sowohl in der Reichshauptstadt Berlin wie auch in Flensburg, zwar de facto die Macht besäße, de jure aber illegitim sei (vgl. ebd.; handschriftliches Gutachten).

82 Vgl. Pust, S. 252. Ab dem 29.Januar 1919 musste dem ASR zusätzlich noch in den großen Zeitungen eine eigene Spalte eingeräumt werden, in der dieser auf die Leserbriefe und Anschuldigungen der Flensburger Bürger antworten konnte.

83 Die neugegründeten bürgerlichen Räte waren im Einzelnen: 17. November: Angestelltenrat, 18. November: Beamtenrat, 21. November: Handels- und Industrierat, 22. November: Rat des Innungsausschusses, 28. November: Bürgerrat, 5. Dezember: Lehrerrat, 29. Januar 1919: Arbeitslosenrat, 6. Februar: Ärzterat.

84 Vgl. StA C II 0171.

85 FT, 7.11.1968.

86 So Oberbürgermeister Dr. Todsen in einem Schreiben an Oberregierungsrat Tolchert, in: StA C II 0171.

01 Andresen 20.06.2007 0:40 Uhr Seite 28

Rechte Seite: „Was wir wollen!"-Flugblatt vom 9. November 1918. In diesem Flugblatt, das mit den Namen Paul Diez, Walter Kühne und Albertus Simon unterzeichnet ist, entwirft der Flensburger ASR vermutlich unter sozialdemokratischer Federführung ein Sofortprogramm für die unmittelbar auf die „neue" Verwaltung zukommenden Aufgaben. Aus: Flensburger StA XIII Dr 3 I.

Die Haltung zur Reichsregierung war dagegen sehr viel entspannter. Nachdem Friedrich Ebert bereits am 9. November zum Reichskanzler ernannt worden war und der Rat der Volksbeauftragten ab dem 10. November die provisorische Regierung stellte, gab es mit dem von der MSPD getragenen Flensburger ASR keine Differenzen.[87] Verbindliche Erlasse der Reichsregierung wie etwa der von Ebert und Haase unterzeichnete Befehl vom 12. November zur Gründung einer Demobilisierungskommission, deren Aufgabe es war, die Wirtschaft vom Krieg in den Frieden zu überführen, wurden zügig umgesetzt.[88] Um sich mit den übrigen Räten Schleswig-Holsteins abzustimmen, kam es überdies in den ersten Wochen der Revolution zu vielen Reisen, insbesondere im nord- und südschleswigschen Bereich.[89] Bereits am 15. November schickte der ASR eine Delegation zur neuen Regierung nach Berlin. Auch an der am 2. Dezember in Neumünster stattfindenden Koordinationskonferenz sämtlicher in Schleswig-Holstein gegründeter Räte nahmen Abgesandte des Flensburger ASR teil und standen auf dieser hinter Ebert und der neuen Regierung.[90]

Als letzten Punkt nennt Diez in seiner Aufstellung die „sozialen Maßnahmen". Da sich der Flensburger ASR dem sozialdemokratischen Programm verpflichtet fühlte, war dieser Punkt naturgemäß besonders wichtig. So wurden die Werktätigen Flensburgs aufgefordert, Betriebsräte zu gründen und wurden in diesen Bemühungen vom ASR auch unterstützt. Herausragend aber bleibt die Einführung des Acht-Stunden-Tages, der im Bezirk Flensburg bereits am 18. November verwirklicht wurde. Da diese Errungenschaft reichsweit erst am 23. November durchgesetzt werden konnte, übernahm Flensburg an dieser Stelle eine Vorreiterrolle.[91]

Am 18. Februar 1919 löste sich der Flensburger ASR auf.[92]

3.3. Zwischenfazit: Rätestaat oder parlamentarische Demokratie? Gab es für den Mikrokosmos Flensburg zu irgendeinem Augenblick die Wahl zwischen einem wie auch immer gestalteten Rätestaat[93] oder der letztendlich erfolgten Hinwendung zu einer parlamentarischen Demokratie?

Nach Auffassung des Autors lässt sich diese Möglichkeit bereits nach einer Analyse der Ereignisgeschichte eindeutig verneinen, da

1. es in Flensburg aufgrund des Fehlens der radikalen Kräfte keinen ideellen Träger des Rätesystems gab.
2. die Mitglieder der Soldatenräte von Beginn an die Konstituante forderten und die Räte für sie lediglich ein Mittel waren, das ihnen erlaubte aus den Zwängen des Militärs auszubrechen und den Krieg endlich zu beenden.[94]
3. der ASR so schwach war, dass er es nicht einmal in der Hochzeit der Revolution schaffte, sich in der lokalen Verwaltung durchzusetzen, sondern vielmehr mit den gleichen Kräften, die auch während der Kaiserzeit und des Krieges Flensburg verwalteten, zusammenarbeitete und so ein Kontinuum schaffte.
4. es spätestens nach der Kommunalwahl zum Stadtparlament vom

87 Vgl. Pust, S. 252.
88 Vgl. FN, Nr. 272; die Leitung der Kommission übernahmen der Major Deichmann und der Kaufmann Böhm.
89 Vgl. Bues. Ausführlich dazu Kunkel, S. 99f.
90 Vgl. Pust, S. 252; die Treue zur deutschen Sozialdemokratie wird auch an den Flugblättern deutlich (vgl. Punkt 4).
91 Vgl. ebd., S.252f.
92 Statt seiner wurde ein Arbeiterrat gewählt, der aus 35 Gewerkschaftlern, 7 Vertretern der MSPD und 3 Anhängern der USPD bestand. Der Beigeordnete des Bürgermeisters wurde erst Ende September 1919 von seinem Amt entbunden (vgl. Windmann, Flensburg – Grenzstadt, S. 406).
93 Erdmann verweist ja darauf, dass sich der Rätestaat durchaus mit Elementen der parlamentarischen Demokratie vermengen kann (vgl. Erdmann, S. 154-156).
94 Vgl. Hellwig/Michelsen: „Aus den Äußerungen und den Debatten der Soldatenräte klingt überall eine eigenartige Mischung von Sehnsucht nach Ordnung, von Freude über die Befreiung von militärischem Zwang und aus dem dunklen Gefühl heraus, daß ein empfindlicher Mangel an politischen Kenntnissen vorhanden sei, mag der immer wieder geäußerte Wunsch nach Einberufung einer Nationalversammlung entsprungen sein."

01 Andresen 20.06.2007 0:40 Uhr Seite 29

D. 32

Was wir wollen!

R. Mit elementarer Gewalt ist von Norden und Süden ausgehend, durch ganz Deutschland eine mächtige Bewegung gegangen, die damit enden wird, daß freie Volksrepubliken geschaffen werden.

Auch in **Flensburg** ist die Macht in Händen des Arbeiter- und Soldatenrates.

Damit nun diese Macht befestigt und später, wenn der Friede eingetreten ist, unbeschnitten in die Hand einer von freien deutschen Volksbürgern gewählten, republikanischen Regierung gelegt werden kann, heißt es, die Massen geistig fassen und mit Kraft und Entschlossenheit eintreten:

für Freiheit, Gleichheit und Recht,
für Ordnung und Ruhe,
für Verwirklichung des sozialdemokratischen Programmes, welches auch dem neuen freien deutschen Volke die nötige Ellbogenfreiheit im Wilsonschen Völkerbund gewährt,
für gute kommunale örtliche wirtschaftliche Maßnahmen,
gegen ungerechte Behandlung von Arbeitern, Soldaten und Bürgern,
gegen ungerechte Verteilung der Lebensmittel und gegen wucherisches Treiben in Händlerkreisen.

Alle diese Bestrebungen werden wir nach besten Kräften unterstützen.

Auch werden wir, und zwar möglichst im friedlichen Sinne, einwirken auf Arbeitgeber, Bürger, Staats- und Kommunalbeamte, daß sie uns ihre Produktionsmittel, ihr Wissen und ihre Erfahrungen zur Verfügung stellen, um im gemeinsamen Handeln rasch die wirtschaftlichen Zustände zu bessern und vor allem die Ernährungsschwierigkeiten zu überwinden.

Schon, um für die letzteren Bestrebungen ein „zu spät" zu vermeiden, werden wir dafür eintreten, daß nach erfolgtem Waffenstillstand der Friede schnell geschlossen wird. Es ist jetzt keine Zeit mehr zum Feilschen und zum Verhandeln.

Wir tragen nicht die Schuld, wenn wir Deutsche trotz unserer hervorragenden kriegstechnischen Leistungen durch eine forzierte Friedensbewegung schlecht bei der Bilanz dieses Krieges abschneiden. Diese Schuld tragen vielmehr unsere Kriegsstrategen, welche es nicht lassen konnten, ihre Nase in die Politik zu stecken, statt bei ihrem Leisten zu bleiben. Diese Schuld trägt ferner die nunmehr wohl endgültig zu Grabe getragene Autokratie, welche es, trotz der langen Dauer des Krieges nie verstand, eine prägnante Mobilmachung aller wirtschaftlichen Kräfte zu organisieren.

Wenn daher wir, die wir jetzt die Macht in Händen haben, den vollkommenen wirtschaftlichen Zusammenbruch verhüten sollen, dann gibt es keine Zeit zu verlieren, die erforderlichen Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet zu treffen. Doch wir müssen bei Verwirklichung unserer Maßnahmen auf die Hilfe aller Klassen, aller Stände und aller Organe rechnen.

Um die wirtschaftliche Not, bei fast gänzlichem Fehlen geeigneter Austauschprodukte, aus **eigener Kraft** zu beseitigen, muß von der Industrie- und Landbevölkerung schleunigst nach folgenden Leitsätzen äußerst nützliche Kleinarbeit geleistet werden:

1. Der Anbau von Erzeugnissen für Nahrung und Kleidung ist unter allen Umständen zu fördern und zwar auch bei unrentablem Betrieb, nicht nur durch schleunige Nutzbarmachung aller öde liegenden Landflächen, sondern auch durch wirklich zweckmäßige Bebauung der bereits in Benutzung genommenen.

2. Die Ernte aller, auch wildwachsender Erzeugnisse für Nahrung und Kleidung ist umfassend und mit der **größten Sorgfalt** zu bewirken, auch ihre Aufbewahrung und Verteilung, damit nichts verdirbt.

3. Alle Fabrikationsmethoden der Nähr- und Genußmittelindustrie sind so zu gestalten, daß möglichst alle diejenigen Stoffe, erhalten bleiben, die zum Aufbau und zur Erhaltung des menschlichen Körpers dienen.

4. muß auch bei Zubereitung von Speisen mehr wie bisher darauf geachtet werden, daß alle Nährstoffe in vorteilhaftester Verfassung den Verdauungsorganen zugeführt werden.

Es würde nun durchaus keine Schwierigkeiten bereiten, die obigen Leitsätze umfassend in einer sozialistischen Gesellschaft durchzuführen, aber in der heutigen bürgerlichen Gesellschaft wird noch oft auf die Interessen der um ihr Eigentum und ihren Gewinn besorgten besitzenden Klassen gestoßen werden.

Wenn nun auch dieser Krieg in der besten Weise gezeigt hat, daß es in einer Zeit des Friedens und der wirtschaftlichen Blüte durchaus keine Schwierigkeiten gemacht hätte, Grund und Boden und Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum umzuwandeln, so muß dagegen in einer Zeit des Völkermordens und absoluter wirtschaftlicher Armut sehr vorsichtig und überlegt vorgegangen werden, wenn durch Enteignungen wirtschaftliche Vorteile für die Allgemeinheit geschaffen werden sollen.

Trotzdem werden wir, falls es Not tut, auch vor Enteignungen von Grund und Boden und Produktionsmitteln nicht zurückschrecken, dort, wo absichtlich und wiederholt gegen die von uns für Schaffung besserer Zustände erforderlich gehaltenen Grundsätze verstoßen wird.

Wir hoffen aber bestimmt, daß unser Appell an alle Klassen, Stände, und Organe zur Mitarbeit Nachhall finden wird, damit nach Erlangung des Friedens die Schrecken und Nöte des Krieges schnell überwunden werden und wir einer blühenden Zukunft entgegen gehen.

Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Dietz. Simon. Kühne.

STADTARCHIV FLENSBURG
STADTARCHIV FLENSBURG

01 Andresen 20.06.2007 0:40 Uhr Seite 30

2. März 1919 keinen Grund mehr gab, das Rätesystem aufrecht zu erhalten. Da die MSPD mit 23 Abgeordneten nur einen Abgeordneten weniger als zur absoluten Mehrheit notwendig gewesen wäre.[95]

Die folgenden Ausführungen werden diese Auffassung noch bestärken, da in ihnen aufgezeigt wird, dass der ASR zwar lautstark die Durchsetzung sozialdemokratischer Inhalte forderte, aber schon in den eigenen Veröffentlichungen einer radikalen Auffassung des Rätesystems de facto entsagte und sogar bei der Verwirklichung der eigenen Ideale Abstriche machte.

4. Zwischen revolutionärem Anspruch und bescheidener Wirklichkeit – Eine Analyse der Flugblätter und Veröffentlichungen des Flensburger ASR. Neben den Bekanntmachungen, die rein informativen Charakters waren, veröffentlichte der Flensburger ASR auch Flugblätter, die programmatischen Inhalts waren und der Bevölkerung verdeutlichen sollten, welche Ziele der ASR zu erreichen beabsichtigte und auf welchen hohen Idealen diese fußten. Im Folgenden nun werden zwei dieser Verlautbarungen detailliert analysiert werden.

4.1. „Was wir wollen!" vom 9. November 1918. Bereits bei der ersten in diesem Flugblatt aufgestellten Forderung handelt es sich um ein Novum, das nicht dem sozialdemokratischen Parteiprogramm, sondern dem Zeitgeist entspringt. Nachdem nämlich festgestellt worden ist, dass nun auch in Flensburg die Macht in den Händen des ASR liegt, wird gefordert, dass

„diese Macht befestigt und später, wenn der Friede eingetreten ist, unbeschnitten in die Hand einer von freien deutschen Volksbürgern gewählten, republikanischen Regierung gelegt werden kann".[96]

Findet man im Erfurter Programm zwar den Ruf nach allgemeinem, gleichem, direkten und geheimen Wahlrecht für alle Reichsangehörigen, also Männern und Frauen, so spricht dieses doch nicht explizit von einer Republik, mithin der Abschaffung der Monarchie.[97] Dieser Gedanke, der in der revolutionären Bewegung von Kiel schon von Anfang an laut wurde, wird nun vom Flensburger ASR übernommen.[98]

Als Nächstes entwirft der ASR, wie es auch dem Titel des Flugblattes entspricht, einen Forderungskatalog, in dem er eintritt

„für Freiheit, Gleichheit und Recht,
für Ordnung und Ruhe,
für Verwirklichung des sozialdemokratischen Programmes, welches auch dem neuen freien deutschen Volke die notwendige Ellbogenfreiheit im Wilsonschen Völkerbund gewährt,
für gute kommunale ortliche [sic] wirtschaftliche Maßnahmen,
gegen ungerechte Behandlung von Arbeitern, Soldaten und Bürgern,
gegen ungerechte Verteilung der Lebensmittel und
gegen wucherisches Treiben in Händlerkreisen."

95 Vgl. 125 Jahre SPD in Flensburg, S. 309.
96 Alle in diesem Punkt zitierten Passagen stammen, soweit nicht anders ausgezeichnet, dem Anhang 2.
97 Vgl. Kleine Geschichte der SPD, S. 335.
98 Vgl. Dähnhardt, S. 71.

01 Andresen 20.06.2007 0:40 Uhr Seite 31

Wenn man diese Punkte nun im Einzelnen analysiert, fällt zuerst die psychologisch geschickte Aufteilung auf, indem zuerst vier Punkte genannt werden, „für“ die man eintritt und erst dann drei Punkte kommen, „gegen“ die man sich bekennt. Vielleicht nur eine Marginalie zeigt dieser Aufbau doch deutlich, dass man sich in der Öffentlichkeit als positiver Schaffer neuer Verhältnisse und nicht als negativer Zerstörer alter Zustände gerieren möchte.

Der erste Punkt bezieht sich nun wiederum auf einen Rechtsstaat, in dem die Klassenzugehörigkeit keinen Einfluss auf den Rechtsstatus und die Wahlmöglichkeiten des Individuums hat.

Der nächste Punkt zeigt deutlich, dass dem ASR an einer blutigen Revolution wenig gelegen ist, was auch die Maßnahmen der ersten Tage deutlich machen. Es wurde weniger versucht, eine Staatsumwälzung mit Hilfe von Gewalt und Blutvergießen zu inszenieren, als vielmehr eigene Ziele, wie revolutionär sie auch immer sein mochten, in aller Ruhe und auf dem Boden des Rechts umzusetzen.

Der dritte Punkt ist interessant, da er einerseits ein klares Bekenntnis zum sozialdemokratischen Programm von 1891 enthält, sich andererseits aber direkt auf „Wilsons 14 Punkte“[99] bezieht und hier insbesondere auf den letzten, der die Schaffung eines Völkerbunds fordert. Weder die Friedensbedingungen kennend noch den Versailler Friedensertrag vorausahnend, geht der ASR wie selbstverständlich von einer gleichberechtigten Rolle Deutschlands in diesem noch zu schaffenden Völkerbund aus und sieht das eigene Land darüber hinaus auch in einer gewissen Position der Stärke, was der Terminus „Ellbogenfreiheit“ doch relativ deutlich macht. Analog zur SPD Kurt Schumachers nach dem Zweiten Weltkrieg hält sich die Sozialdemokratie von 1918 als neuer Träger der Macht in Deutschland für unschuldig an den unter einer autoritären Herrschaft begangenen Untaten und Verbrechen und möchte nach deren Sturz, selbst makellos geblieben, neu beginnen und die Vergangenheit quasi auslöschen. Und diese Auffassung wird an einer späteren Stelle des Flugblattes auch offensiv vertreten:

„Wir tragen nicht die Schuld, wenn wir Deutsche trotz unserer hervorragenden kriegstechnischen Leistungen durch eine forzierte Friedensbewegung schlecht bei der Bilanz dieses Krieges abschneiden. Diese Schuld tragen vielmehr unsere Kriegsstrategen, welche es nicht lassen konnten ihre Nase in die Politik zu stecken, statt bei ihren Leisten zu bleiben. Diese Schuld trägt ferner die nunmehr wohl endgültig zu Grabe getragene Autokratie, welche es, trotz der langen Dauer des Krieges nie verstand, eine prägnante Mobilmachung aller wirtschaftlichen Kräfte zu organisieren.“

Der ASR nutzt diesen Passus, um nochmal gegen Kaiser und Oberste Heeresleitung zu schießen, bekennt sich aber gleichzeitig zum Vaterland und den eigenen Soldaten. Auch wird darauf hingewiesen, dass die Räte bzw. die Sozialdemokraten keineswegs die „Novemberverbrecher“ seien, auch wenn dieser Terminus an dieser Stelle anachronistisch ist, als welche sie in manchen Augen bereits jetzt erscheinen.[100]

99 Wilsons 14 Punkte findet man unter: http://www.dhm.de/lemo/html/dokumente/14punkte/index.html

100 Vgl. Bues.

01 Andresen 20.06.2007 0:40 Uhr Seite 32

Rechte Seite: Anfang der Veröffentlichung des ASR aus der FNZ vom 20. November 1918. In dieser nur mit „Der Flensburger Arbeiter- und Soldatenrat" unterzeichneten Mitteilung reagierte der ASR auf die mittlerweile veränderte Stimmung in der Flensburger Bevölkerung und versuchte die Rechtmäßigkeit ihrer Maßnahmen zu betonen. Aus: StA Flensburg IV D 172.

Die nächsten beiden Punkte lassen sich zusammenfassen, insofern als durch weise wirtschaftliche Entscheidungen vor Ort auch die Werktätigen von diesen Entscheidungen profitieren würden. Bemer-kenswert ist allerdings, dass an dieser Stelle auch Position gegen eine ungerechte Behandlung von Bürgern bezogen wird, doch lässt sich das wahrscheinlich mit den Bevölkerungsverhältnissen in Flensburg erklären, in denen das Bürgertum eine bedeutende Rolle spielte. Es sollte mit diesem Flugblatt nicht vor den Kopf gestoßen werden.

Die letzten beiden Punkte des Forderungskatalogs sind eher pragmatischer Natur, da die Lebensmittelfrage zu Beginn der Revolution eine der drängendsten war und die Verhältnisse es schlechterdings erforderten gegen hamsternde und wuchernde Personen vorzugehen. Wie oben bereits erwähnt, kam der ASR dem durch verstärkte Kontrollen der Polizei und der Umstellung der Lebensmittelverteilung auf Markenwirtschaft sehr schnell nach. Doch wird auch dieser heikle Punkt von den Verfassern des Flugblattes politisch aufgeladen, indem die Arbeitgeber, Bürger, Staats- und Kommunalbeamten „möglichst im friedlichen Sinne" aufgefordert werden

„uns ihre Produktionsmittel, ihr Wissen und ihre Erfahrung zur Verfügung zu stellen, um im gemeinsamen Handeln rasch die wirtschaftlichen Zustände zu bessern und vor allem die Ernährungsschwierigkeiten zu überwinden."

Es ist nahezu unvorstellbar, dass die Enteignung der Produktionsmittel, der im Erfurter Programm immerhin ein beträchtlicher Platz eingeräumt wird[101], keinen Eingang in dieses Flugblatt gefunden hätte; ob es an dieser konkreten Stelle nun einen Sinn ergibt oder nicht.

Um der wirtschaftlichen Not nun adäquat begegnen zu können und in dem Bewusstsein, dass der ASR dieses Unterfangen aus eigener Kraft nicht würde meistern können, wird in dem Flugblatt dann auch der Ausgleich mit allen nichtproletarischen Schichten gesucht: „Doch wir müssen bei Verwirklichung unserer Maßnahmen auf die Hilfe aller Klassen, aller Stände und aller Organe rechnen." Es folgt eine Liste von Leitsätzen, die sowohl „Industrie- und Landbevölkerung" umsetzen müssten, um die wirtschaftliche Not, so gut es eben ginge, zu lindern.

Die letzten vier Absätze des Flugblattes nun sind von besonderer Bedeutung, wenn man etwas über das Selbstverständnis der Sozialdemokraten (nicht nur) in Flensburg erfahren will. Es wird nämlich hoffnungslos lamentiert und gegen die rückständige bürgerliche Gesellschaft polemisiert:

„Es würde nun durchaus keine Schwierigkeiten bereiten, die obigen Leitsätze umfassend in einer sozialistischen Gesellschaft durchzuführen, aber in der heutigen bürgerlichen Gesellschaft wird noch oft auf die Interessen der um ihr Eigentum und ihren Gewinn besorgten besitzenden Klassen gestoßen werden."

In der Sozialpsychologie bezeichnet man ein solches Verhalten als self-handicapping. Noch bevor man eine Handlung vollzieht,

101 Vgl. Kleine Geschichte der SPD, S. 334f.

01 Andresen 20.06.2007 0:40 Uhr Seite 33

Aufruf an alle Volksgenossen!

An die Bevölkerung von Flensburg und Umgebung.

Der Arbeiter- und Soldatenrat hat sich in den Besitz der gesamten Macht gesetzt. Wir werden diese Macht zur Verwirklichung unserer Ziele, die auf der Basis einer freien deutschen Volksrepublik fundieren und uns in der neuen Welt die Existenz im friedlichen Zusammenleben mit den anderen Völkern sichern, rücksichslos gebrauchen, aber nicht mißbrauchen. Wir wollen nicht eine Herrschaft der Gewalt, sondern des Rechts und der Gerechtigkeit begründen. Nichts dauerndes schuf bis heute die Herrschaft der Gewalt, aber unverzügliche Werte hinterließ uns die Gerechtigkeit. Stets waren wir bestrebt, unseren Einfluß dahin geltend zu machen, daß dieser Weltkrieg durch einen allgemeinen Frieden des Rechts und der Gerechtigkeit abgeschlossen und gesühnt wird, denn dieser Krieg, der einzig in der Geschichte dasteht, ist in Wirklichkeit kein Krieg, sondern eine Weltrevolution, eine Sintflut die mit elementarer Macht über die Günstlings- und Gewaltherrschaft des alten Systems hereingebrochen ist, und dieses nach vierjährigem Ringen in wenigen Tagen hinweggefegt hat, unter welchem es uns nicht möglich war, im Interesse und zum Wohle der Allgemeinheit zu arbeiten. Wie unser Bestreben noch dieser Richtung ging, so geht es auch heute noch dahin, auch innerhalb der einzelnen Staaten und Volkswirtschaften einen Rechtsfrieden aufzurichten. Unsinn und Wahnsinn wäre es, einen Rechtsfrieden der Welt zu wollen und andererseits die Diktatur der einzelnen Volksklassen der Staaten zu verewigen. Dies würde von neuem der Gewalt fruchtbaren Boden schaffen und dagegen verwahren wir uns mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln. Nur überall das Recht. Deshalb haben wir heute eine vorläufige Organisation den Arbeiter- und Soldatenräten geschaffen mit der Aufgabe, den früheren Gewalten gegenüber die Herrschaft des Rechtes zu sichern. Die alte Gewalt mußte stürzen, damit das neu geborene Recht an seine Stelle

01 Andresen 20.06.2007 0:40 Uhr Seite 34

sucht man nach möglichen Erklärungen für ein Scheitern derselben, um dann diesem Umstand die Schuld für das Misslingen geben zu können und diese nicht etwa bei sich selber suchen zu müssen. Und genau dieses Phänomen ist an dieser Stelle ersichtlich. Mit dem Konjunktiv verdeutlichen die Verfasser, dass es die sozialistische Gesellschaft ja eben nicht gebe und das ein etwaiges Scheitern der vom ASR angedachten Maßnahmen mithin auf diesen Missstand zurückzuführen sei. Aber auch die verpassten Chancen der Vergangenheit werden lautstark beklagt, in einem Atemzug mit den nun vor dem ASR stehenden Schwierigkeiten:

„Wenn nun auch dieser Krieg in der besten Weise gezeigt hat, daß es in einer Zeit des Friedens und der wirtschaftlichen Blüte durchaus keine Schwierigkeiten gemacht hätte, Grund und Boden und Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum umzuwandeln, so muß dagegen in einer Zeit des Völkermordens und absoluter wirtschaftlicher Armut sehr vorsichtig und überlegt vorgegangen werden, wenn durch Enteignung wirtschaftliche Vorteile für die Allgemeinheit geschaffen werden sollen."

Trotz allem aber tritt der ASR sogar an dieser Stelle bedächtig und zurückhaltend auf, verlangt also aus seiner Machtposition heraus nicht etwa die sofortige Expropriierung unter allen Umständen. Vielmehr ist auch dieses Zitat als sozialpsychologische Erklärung zu verstehen, etwa nach dem Motto: Damals wäre es gegangen, aber wir durften nicht – heute könnten wir, aber es geht nicht mehr. Mithin ebenfalls eine Entschuldigung für das eigene Verhalten, das offensichtlich den eigenen Ansprüchen nicht genügt, denn immerhin verteidigt der ASR sich, ohne dazu aufgefordert worden zu sein.

Einen Spagat zwischen martialischer Rhetorik und Anbiederungsversuchen stellen die abschließenden beiden Absätze des Flugblattes dar. Einerseits wird nämlich kämpferisch verkündet, dass der ASR

„falls es Not tut, auch vor Enteignungen von Grund und Boden und Produktionsmitteln nicht zurückschrecken [wird], dort, wo absichtlich gegen die von uns für die Schaffung besserer Zustände erforderlich gehaltenen Grundsätze verstoßen wird."

Enteignung an dieser Stelle also schon nicht mehr aus Ideologie, sondern als Strafmaßnahme gegen aufbegehrende Bürgerliche, deren Schulterschluss aber gleichzeitig mit viel Pathos gesucht wird:

„Wir hoffen aber bestimmt, daß unser Apell [sic] an alle Klassen, Stände, und Organe zur Mitarbeit Nachhall finden wird, damit nach Erlangen des Friedens die Schrecken und Nöte des Krieges schnell überwunden werden und wir einer blühenden Zukunft entgegen gehen."

Zusammenfassend lässt sich also von „Was wir wollen!", das von Diez, Kühne und Simon unterzeichnet wurde, sagen, dass die Flensburger Sozialdemokratie bereits zu diesem frühen Zeitpunkt die Führung innerhalb des ASR offensichtlich an sich gerissen hatte, da wir in dem Flugblatt viel sozialdemokratische Programmatik, aber überhaupt keine Soldatenbelange mehr finden. Auch wird deut-

01 Andresen 20.06.2007 0:40 Uhr Seite 35

lich, dass zwar martialische Expropriierungsrhetorik gewagt, gleichzeitig aber eine Zusammenarbeit mit den Bürgerlichen, wiewohl unter sozialdemokratischer Führung, gesucht wird.

Radikal in seinen Forderungen ist dieses Flugblatt trotz seiner zeitweiligen rhetorischen Ausbrüche aber zu keinem Zeitpunkt zu nennen, denn es tritt ein für allgemeine, freie, gleiche, geheime Wahlen und versucht nicht etwa den Rätestaat zu propagieren. Diese Haltung wird in der nun folgenden Analyse allerdings noch deutlicher.

4.2. Veröffentlichung des ASR aus der FNZ vom 20. November 1918. Wiederum beginnt die Verlautbarung zukunftsweisend, da die Republik für die gesamte SPD erst im Heidelberger Programm von 1925 als „günstigste[r] Boden für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse und damit für die Verwirklichung des Sozialismus“[102] programmatisch festgehalten wird, mit der Forderung nach einer „freien deutschen Volksrepublik“[103], die allein „in der neuen Welt die Existenz im friedlichen Zusammenleben mit den anderen Völkern sichern“ kann. Auch diese Friedensrhetorik finden wir später im Heidelberger Programm wieder.[104] Bevor also auf die Umstände in Flensburg eingegangen wird, sei hier erst einmal Weltpolitik skizziert. Folglich wird die Novemberrevolution als ein weltpolitisches Ereignis gesehen, als „eine Weltrevolution, eine Sintflut, die mit elementarer Macht über die Günstlings- und Gewaltherrschaft des alten Systems hereingebrochen ist und diese […] in wenigen Tagen hinweggefegt hat.“

Neben all der schönen Rechtfertigungsrhetorik hat die Veröffentlichung vom 20. November allerdings auch ein konkretes, auf Flensburg gemünztes Ziel, nämlich die Rechtfertigung und die Verteidigung des ASR gegen die von bürgerlicher Seite zahlreicher werdenden Angriffe gegen dessen Alleinherrschaft.[105] Darum verweisen die Verfasser auch nochmals explizit darauf, in welch geordneter Form sich die Revolution in Flensburg vollzogen hat und auch weiterhin ablaufen soll: „Wir wollen nicht eine Herrschaft der Gewalt sondern des Rechts und der Gerechtigkeit begründen.“

Nicht länger auf sozialistischen Ideen sollte ein zukünftiger Staat fußen, sondern nur noch auf dem Recht:

„Deshalb haben wir heute eine vorläufige Organisation, den Arbeiter- und Soldatenrat, geschaffen, mit der Aufgabe, den früheren Gewalten gegenüber die Herrschaft des Rechts zu sichern. Die alte Gewalt musste stürzen, damit das neu geborene Recht an seine Stelle treten konnte.“

Die Bezeichnung des ASR als „vorläufig“ zeigt deutlich, dass in Flensburg ein Rätestaat niemals angestrebt worden ist, die Räte also lediglich Instrument zum Sturz der Monarchie und zur Herbeiführung einer neuen Gerechtigkeit sein sollten. Nur wenige Zeilen später wird diese Haltung auch ohne Umschweife ausgedrückt:

„An dem Tage, an dem wir gesicherte Gewähr haben für die künftige Herrschaft des Rechts im deutschen Volksstaate und allen

102 Kleine Geschichte der SPD, S. 363.
103 Alle in diesem Punkt zitierten Passagen stammen, soweit nicht anders vermerkt, aus: FNZ, 20.11.1918.
104 Vgl. Kleine Geschichte der SPD, S. 366f.
105 Die Veröffentlichung fand auch im Flensburger Rathaus hohe Aufmerksamkeit. So wurde der Artikel ausgeschnitten, in die Akten geklebt und die für die bürgerlichen Forderungen wichtigen Passagen mit rotem Stift unterstrichen, vgl. StA C II 0171.

01 Andresen 20.06.2007 0:40 Uhr Seite 36

seinen Einrichtungen wird der Arbeiter und Soldatenrat seine Herrschaft niederlegen."

Und auch einer zweiten radikalen Forderung, die die Novemberrevolution mit der russischen Oktoberrevolution von 1917 in Verbindung bringen würde, wird eine deutliche Absage erteilt; die „Diktatur des Proletariats" wird verworfen und zwar nicht nur für Deutschland, sondern weltweit:

„Unsinn und Wahnsinn wäre es, einen Rechtsfrieden der Welt zu wollen und andererseits die Diktatur der einzelnen Volksklassen der Staaten zu verewigen. Dies würde von neuem der Gewalt fruchtbaren Boden schaffen und dagegen verwahren wir uns mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln. Nur überall das Recht."

Da eine solche Diktatur den Frieden zwischen den Völkern erschweren, ja sogar unmöglich machen würde, lehnt der ASR diese rundheraus ab. Doch geht seine Ablehnung noch weiter, da auch eine ätzende Bemerkung über die russischen Verhältnisse, mit denen auch manch deutscher Historiker ein Gros der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte gerne in Verbindung bringen würde, und besonders den Bolschewismus nicht fehlt, wenn über die Beteiligung der einzelnen Klassen am Aufbau eines neuen Staates gesprochen wird:

„Nicht Terror und Gewalt, wie sie der Bolschewismus hat, sollen unsere Mitarbeiter sein, sondern wir wollen und brauchen die Mitarbeit aller Volksgenossen ohne Ausnahme."

Um den obigen Aussagen nochmals Nachdruck zu verleihen, bezieht der ASR auch noch an einer zweiten Stelle innerhalb dieser Veröffentlichung zu seiner eigenen Position und seinen Aufgaben Stellung:

„Wenn aus dem gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht aller mündigen Männer und Frauen sich der Reichstag als Nationalversammlung konstituiert hat, wenn ferner Staat und Gemeinde aufgrund desselben Wahlrechts wie zum Reichstag, Vertretungen geschaffen sind, die allen Bevölkerungsklassen die Möglichkeit zur Mitarbeit sichert, wird der Arbeiter- und Soldatenrat gerne zurücktreten."

Zwar werden die vom ASR vorgebrachten Forderungen in einem weit konzilianteren Ton vorgebracht als das etwa im „Was wir wollen!"-Flugblatt der Fall ist, doch sind sie in ihrer Aussage nicht minder deutlich. Der ASR lässt nochmals seine Bereitschaft abzutreten erkennen, doch fordert er dafür die Verwirklichung eines der Kernpunkte des Erfurter Programms: Auch Frauen sollten in Zukunft wählen dürfen und zusätzlich noch sollte das Zensuswahlrecht in jedweder Form und endgültig abgeschafft werden.

Vergleicht man die beiden Veröffentlichungen miteinander, so unterscheiden diese sich doch deutlich in Stil und Duktus, so dass davon ausgegangen werden kann, dass sie nicht vom gleichen Verfasser stammen. Insbesondere die Betonung des „Rechts" und die Abkehr vom Sozialismus sind in der zweiten analysierten Verlautbarung mehr als augenfällig.

01 Andresen 20.06.2007 0:40 Uhr Seite 37

Eine Erklärung für diese Veränderungen muss ob der Quellenlage Spekulation bleiben, doch wären die seit dem Beginn der Revolution erheblich veränderten Umstände vor Ort, die in einer stetig wachsenden Anfeindung durch die bürgerlichen Kräfte und das Erkennen der eigenen Schwäche bei der Durchsetzung von Reformen ohne die Hilfe eben dieser Bürgerlichen in der Verwaltung offenbar wurden, eine mögliche Begründung.

Trotz aller Unterschiede wird aber aus beiden hier behandelten Veröffentlichungen deutlich, dass der Flensburger ASR, die Institution der Räte keinesfalls als Instrument zur Durchsetzung einer sozialistischen Revolution, die in der Diktatur des Proletariats gipfeln würde, sah, sondern vielmehr getreu auf dem Boden des sozialdemokratischen Programmes agierte und seine wichtigsten Anliegen, neben der Besserbehandlung der Arbeiterschaft, beispielsweise durch den Acht-Stunden-Tag, die Schaffung einer Nationalversammlung und die endgültige Abschaffung des preußischen Dreiklassenwahlrechts waren, was den im Zwischenfazit gezogenen Schluss stärkt.

Die sozialistische, teilweise martialisch anmutende Enteignungsrhetorik muss als „warme Luft“ abgetan werden, da es in Flensburg zu keinem Zeitpunkt zu irgendeinem Expropriierungsvorgang kam.

5. Der Umgang mit der eigenen Historien-Erinnerungskultur in Flensburg anhand der Novemberrevolution und des Arbeiter- und Soldatenrates. Auf dem Weg zum neuen Flensburger Rathaus fährt man am Hafen vorbei auf die Friedrich-Ebert-Straße und passiert zur Rechten die Dr.-Todsen-Straße.

Überall im Stadtzentrum begegnen einem somit Namen und Erinnerungen an die Weimarer Zeit und im Falle von Oberbürgermeister Todsen sogar Erinnerungen, die bis ins Kaiserreich zurückreichen. Wenn man den Blick aber auf die Novemberrevolution von 1918 und den daraus hervorgegangenen ASR richtet, bleiben die Reminiszenzen im Stadtbild aus.

Wäre diese Tatsache vielleicht noch zu entschuldigen, findet man bei einer eingehenderen Recherche aber auch kaum andere öffentliche Erinnerungen an diese wichtige und bewegte Zeit.

Da die Novemberrevolution aber nicht nur ein wichtiges Ereignis in der deutschen Geschichte war, sondern ebenso für Flensburg, und der dort ansässige ASR in manchen Bereichen sogar Vorreiter dieser Bewegung war, verwundert es doch, dass man offenbar schon bald nach 1919 begonnen hat, diesen fast völlig zu vergessen.

Bereits im „Verwaltungsbericht der Stadt Flensburg 1911-1926“, der vom Flensburger Magistrat 1929 herausgegeben wurde, findet sich auf über 800 Seiten lediglich eine einzige kleine Erwähnung des ASR:

„VI. Festlichkeiten und sonstige allgemein bemerkenswerte Ereignisse […]

2. Politische und wirtschaftliche Ereignisse […]

01 Andresen 20.06.2007 0:40 Uhr Seite 38

1918: Bildung eines Arbeiter- und Soldatenrates. Dem Oberbürgermeister wird ein Beigeordneter beigegeben."[106]

Unter dem ersten Punkt des Kapitels VI., „Ereignisse innerhalb der städtischen Verwaltung", wird der ASR mit keiner Silbe erwähnt. Lässt sich daraus nicht der Schluss ziehen, dass der ASR und mit ihm der Beigeordnete Waldemar Sörensen in den Augen des Flensburger Magistrates niemals zur Verwaltung gehört hatte? Die Frage muss wohl mit einem klaren Ja beantwortet werden, da man aus dem Verwaltungsbericht den Eindruck bekommen könnte, dass der Flensburger ASR nicht nur ein temporäres Randereignis war, sondern auch dessen Maßnahmen und Entschlüsse nicht erwähnenswert erschienen.

Gedenktage und Veranstaltungen zu Jahrestagen blieben in der Öffentlichkeit vollkommen aus. Lediglich der um das Jahr 1930 von Hugo Hellwig und Peter Michelsen verfasste Bericht lässt den Schluss zu, dass zumindest die Protagonisten auf sozialdemokratischer Seite die Ereignisse nicht gänzlich vergessen haben. Doch wurde dieser erst im Jahre 1978 erstmals publiziert.[107]

Die einzige echte öffentliche Reminiszenz an die Flensburger Ereignisse vom November 1918 schuf der Flensburger Studienassessor Dieter Pust in einem Artikel für das aus den nationalkonservativen Flensburger Nachrichten hervorgegangene Flensburger Tageblatt am 7. November 1968. Unter der Rubrik „Vor 50 Jahren" veröffentlichte er einen Artikel unter der Überschrift „Als Arbeiter und Soldaten in Flensburg die Macht übernahmen"[108], der inhaltlich zwischen boulevardesker Belanglosigkeit und klarer, dem Blatt gemäßer politischer Stellungnahme schwankt.

Zwar schildert Pust anfangs noch neutral die Ausgangssituation und die Vorgänge des 7. November 1918, doch berichtet er, sobald der Fokus auf die Arbeit des ASR gerichtet wird, nur von Belanglosigkeiten wie dem ob des Energiemangels verhängten Tanzverbot und den zum freien Verkauf angebotenen Logenplätze im Flensburger Theater, die bisher für die Mitglieder des Magistrates reserviert waren. Liest man als Uneingeweihter den Text, bekommt man den Eindruck, der Flensburger ASR sei eine Veranstaltung von unvermögenden Tölpeln gewesen, die es sich zur Aufgabe gemacht hatten, sinnlose Anordnungen zu treffen und ebenso sinnlos Geld auszugeben, denn Pust nennt detailliert die Kosten für die Revolution[109], um danach aus Leserbriefen der Flensburger Nachrichten zu zitieren, in denen Bürgerliche ihre Schmähreden wider den ASR und seine Maßnahmen hielten. Man bekommt also nicht nur den Eindruck, Unfähige wären im ASR am Werk gewesen, vielmehr werden einem dafür sogar noch Argumente von bürgerlicher Seite geliefert.

In einem eigenen Abschnitt geht Pust auf die Farben der Revolution ein und betont, dass diese 1918 noch keineswegs Schwarz-Rot-Gold waren, sondern lediglich Rot. Eine aus heutiger Sicht scheinbar beiläufige Bemerkung, die in einer politisch eher rechts stehenden Zeitung im Jahre 1968 zu Zeiten des Kalten Krieg und der gerade aufgekommenen Studentenbewegung, die in Teilen ebenfalls die

106 Verwaltungsbericht, S. 106.
107 Vgl. 125 Jahre SPD in Flensburg, S. 58, Anm. 11.
108 FT, 7.11.1918.
109 Pust beziffert die Zahl auf 41 416,48 Mark.

01 Andresen 20.06.2007 0:40 Uhr Seite 39

Waldemar Sörensen, um 1870 geboren, war zu Anfang des 20. Jahrhunderts Schriftsetzer bei der „Flensborg Avis", während der Revolution Geschäftsführer der Flensburger Volkszeitung, ab 1910 sozialdemokratischer Stadtverordneter und letztlich Fraktionsvorsitzender, von November 1918 bis Mai 1919 Beigeordneter des Bürgermeisters. Sörensen, der aus einer dänischen Familie stammte, überwarf sich während der Abstimmungszeit mit der Flensburger SPD, da diese ihm zu einseitig für Deutschland und gegen Dänemark polemisierte. Aus: 125 Jahre SPD in Flensburg, S. 44. Original in der Dansk Centralbibliothek Flensborg.

Rote Fahne für sich beanspruchte und von konservativer Seite dafür als kommunistisch gebrandmarkt wurde, durchaus für eine Distanzierung und Ablehnung sorgen kann, wenn nicht sogar soll.

Auffällig ist auch, dass in einem Artikel, der laut Überschrift den ASR zum Inhalt hat, fast die Hälfte des Raumes den Positionen der Bürgerlichen gewidmet ist:

„Die Bürgerlichen – an ihrer Spitze Justizrat Dr. W. Löhmann – verfolgten das Ziel, aus ihren Räten und dem ASR eine gemeinsame Organisation zu bilden: den Volksrat. In diesem Volksrat hätten die Revolutionäre nicht mehr die entscheidende Rolle spielen können; daher lehnte der ASR die Bildung des Volksrates ab. Diez erklärte: 'Das Heft behalten wir natürlich in der Hand!' So wurde den Vertretern der Bürgerschaft im ASR keine beschließende, sondern nur eine 'beratende' Stimme zuerkannt."[110]

In obigem Zitat bewegt sich Pust am Rande der Geschichtsklitterung, denn wir müssen uns fragen, warum in einem so genannten Volksrat die „Revolutionäre" nicht mehr die entscheidende Rolle hätten spielen können. Bei den Reichstagswahlen von 1912 hatte die SPD in Flensburg-Stadt die absolute Mehrheit geholt und auch rein

110 FT, 7.11.1968.

01 Andresen 20.06.2007 0:40 Uhr Seite 40

zahlenmäßig waren Arbeiterschaft und Soldaten den Bürgerlichen 1918 überlegen. Anstatt das Entgegenkommen des ASR, der den Bürgerlichen drei beratende Stimmen zugestand, positiv zu bewerten, versucht Pust die Rolle der Bürgerlichen übers Maß aufzublasen und den ASR auch mit dem Ausruf von Diez als undemokratisch zu diffamieren.

Die einzige öffentliche Erinnerung der Flensburger an ihren ASR ist also aus bürgerlicher Perspektive verfälscht und wirkt geradezu entstellend.[111] Pusts Sympathie gehört definitiv den Bürgerlichen und daraus macht er in seinem Artikel auch kein Hehl. Vielleicht wäre es besser gewesen, wenn auch dieser Artikel ungeschrieben geblieben wäre, da er erstens einem Historiker nicht gut zu Gesicht steht und zweitens lediglich ein Zerrbild der Ereignisse bietet.

Woran nun kann es liegen, dass dem Flensburger ASR in den Reminiszenzen, wenn er denn überhaupt berücksichtigt wird, so wenig Sympathie entgegenschlägt?

Zwar lässt sich auch diese Frage nicht abschließend beantworten, doch wird aus den Akten der Flensburger Verwaltung und den Leserbriefen, die im Laufe der ersten Jahreshälfte 1919 in der Flensburger Presse veröffentlicht wurden, klar, dass spätestens nach den Wahlen zur Nationalversammlung vom 19. Januar 1919 und zum Flensburger Stadtparlament vom 2. März 1919 kaum noch einer der Flensburger verstand, warum am 22. Februar 1919 erstens ein neuer Arbeiterrat gebildet wurde, der auch weiterhin Macht für sich beanspruchte, aber de facto nichts mehr mit dem revolutionären ASR vom 7. November 1918 zu tun hatte, und warum zweitens der Posten des Beigeordneten des Bürgermeisters nach den Wahlen weiterhin aufrecht erhalten wurde.[112]

Dass der sich demokratisch gerierende Arbeiterrat nicht von der Macht lassen konnte, als seine Ziele erreicht waren, obwohl er sich, wie oben gezeigt, in seinen Veröffentlichungen dazu bekannte, könnte ihm in seiner öffentlichen Wahrnehmung, zumal von bürgerlicher Seite, endgültig zum Verhängnis geworden sein.

Wenn auch die Ablehnung, auf die dieser in der Erinnerungskultur stößt, nicht monokausal erklärt werden kann, wäre dieses doch ein plausibler Grund, gerade, wenn der am 22. Februar 1919 gegründete Arbeiterrat fälschlicherweise als Fortführung des am 19. Februar aufgelösten ASR gesehen wird.

6. Zusammenfassung und Schlussbetrachtung. Nachdem die Ereignisgeschichte, die Veröffentlichungen des ASR und der Umgang der Flensburger mit den historischen Ereignissen des Winters von 1918/19 eingehend analysiert und ausgewertet worden sind, ist es nun an der Zeit, die Ergebnisse dieser Untersuchung noch einmal zusammenzufassen.

1. Ohne die Militärangehörigen wäre die Revolution in Flensburg niemals ausgebrochen, da sie bis zum 7. November 1918 quasi alleiniger Träger der Revolution waren und auch als Erste sowohl einen Soldatenrat der Matrosen als auch der Infanteristen gebildet

111 Dass Pust auch in neutraler Art und Weise über die Novemberrevolution sprechen kann, beweist er immerhin in seinen Forschungen, die ja auch für diese Arbeit Verwendung fanden.

112 Vgl. StA C II 0171.

01 Andresen 20.06.2007 0:40 Uhr Seite 41

hatten, während die lokale SPD noch in der Zuschauerposition verharrte. Mithin kann für Flensburg nicht von einer sozialistischen Revolution gesprochen werden.

2. Die Flensburger SPD war bis zum 7. November äußerst zögerlich, zudem noch vollkommen unvorbereitet und, wie die Einblicke, die Hellwig und Michelsen uns in das Denken der Flensburger Parteioberen gewähren, zeigen, von sich aus zu einer Umwälzung der politischen Verhältnisse nicht bereit. Dazu muss gesagt werde, dass sie ob der fehlenden radikalsozialistischen Kräfte in Flensburg den Luxus hatte, sich über derartige Umsturzbestrebungen keinerlei Gedanken machen zu müssen, dieses dann aber auch konsequent von der eigenen politischen Agenda strich und in unkritischem Patriotismus verharrte.
3. Der Flensburger ASR war, obwohl Vorbild und Berater für viele andere Räte in der nord- und südschleswigschen Region und darüber hinaus, wie die Räteversammlung in Neumünster zeigte, in Schleswig-Holstein durchaus anerkannt, in der eigenen Heimatstadt so schwach, dass er es nicht einmal schaffte, sich gegen die eigene Stadtverwaltung in jedem Punkt durchzusetzen und dieser laufend Konzessionen machen musste. Es fehlte dem ASR offensichtlich an Durchsetzungskraft, vielleicht sogar an den Möglichkeiten, gegen den Willen der Verwaltung bestimmte Positionen durchzusetzen.
4. Fest auf dem programmatischen Boden der MSPD stehend, bestand zu keiner Zeit die Gefahr, dass in Flensburg das Rätesystem als Dauerlösung eingerichtet werden würde. Erstens waren der ASR und sein Exekutivkomitee einfach zu schwach und zweitens wurde der Rat von den Militärangehörigen von Beginn an nicht als Selbstzweck, sondern lediglich als Instrument zur Durchsetzung eigener, unpolitischer Ziele gesehen, woraus auch der Appell der Soldatenräte zur baldigen Wahl einer Konstituanten resultierte. Darüber hinaus wäre wohl auch der Widerstand von bürgerlicher Seite in Flensburg einfach zu groß gewesen.
5. Obgleich in manchen Veröffentlichungen durchaus Klassenkampfrhetorik zu finden ist, war der Flensburger ASR von Beginn an um den Ausgleich mit den bürgerlichen Kräften Flensburgs bemüht, schon, um die dringlichsten Maßnahmen, wie etwa die Ernährungsfrage, überhaupt bewältigen zu können.
6. Der Flensburger ASR und die Novemberrevolution wurden von der eigenen Bevölkerung schon zu Zeiten der Weimarer Republik offensichtlich vergessen und fanden im öffentlichen Andenken nicht statt. Dass Revolution und ASR zum fünfzigsten Jahrestag auf eine eher unwürdige Weise gedacht wurde, ist dem Umstand geschuldet, dass die einzige Zeitung, die im Jahre 1968 überlebt hatte, das aus den nationalkonservativen Flensburger Nachrichten hervorgegangene Flensburger Tageblatt war. Hätte es zum Beispiel noch die sozialdemokratische „Deutsche Stimme“ gegeben, hätte man zur bürgerlichen Darstellung zumindest einen Kontrapunkt gehabt, der, auch wenn wahrscheinlich ebenso politisch ge-

01 Andresen 20.06.2007 0:40 Uhr Seite 42

färbt, zu einem kritischeren und historisch richtigeren Bild in der Öffentlichkeit hätte führen können.

Sollte man die Revolution und die Arbeit des Flensburger ASR aber nun abschließend als erfolgreich bezeichnen? Für ein Ja spricht, dass die drängendsten Probleme der Anfangszeit, also sowohl die Nahrungsmittel- und Kleidungsversorgung als auch das Herstellen und die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung, souverän gemeistert worden sind. Zudem gelang es dem ASR, das sozialdemokratische Steckenpferd des Acht-Stunden-Tages in Flensburg bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt durchzusetzen. Für ein Nein aber spricht das Kontinuum, das der ASR mit der Übernahme sämtlicher Verwaltungsbeamter, Magistratsmitglieder und auch der Person des Oberbürgermeisters schaffte. Stadtparlament und Magistrat zum Beispiel waren nicht nach einem Wahlrecht gewählt worden, das übereinstimmend mit den sozialdemokratischen Forderungen gleich genannt werden kann. Es hätte also durchaus die Möglichkeit gegeben, diese Institutionen als illegitim abzuschaffen, zumal sie sich ob der bürgerlichen Mehrheit ja auch für die Monarchie und gegen die Revolution aussprachen. Trotzdem aber wurden Stadtparlament und Magistrat ohne jedwede Änderung übernommen und diesen wurde lediglich der neu eingerichtete Beigeordnete des Oberbürgermeisters, dem es ja oblag, ein Auge auf die Verwaltungsgeschäfte und die Beamten und Angestellten zu werfen, entgegengesetzt. In diesem Punkte müssen wir uns also fragen, ob es sich konkret für Flensburg überhaupt um eine vollendete Revolution gehandelt hat.

Abschließend muss noch erwähnt werden, dass die deutsch-dänische Frage, die für Flensburg, das in der II. Abstimmungszone gelegen war und nach dem Weltkrieg sowohl von deutscher als auch von dänischer Seite heftig umworben wurde, eine bedeutende Rolle spielte, in dieser Arbeit vollkommen vernachlässigt wurde, obgleich das Problem des drohenden Verlustes Nordschleswigs und auch die Umkämpftheit der eigenen Stadt von der Flensburger SPD und auch dem ASR durchaus gesehen und für wichtig empfunden wurde.

Immerhin sorgte dieser Abstimmungskampf für heftige Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Flensburger Ortsvereins und war letztlich auch dafür verantwortlich, dass Waldemar Sörensen im Mai 1919 als Beige-ordneter des Bürgermeisters und darüber hinaus aus allen öffentlichen und parteiinternen Ämtern zurücktrat.[113]

113 Vgl. 125 Jahre SPD in Flensburg, S. 44.

Literatur

a) Quellen

aa) Ungedruckte Quellen aus dem Flensburger Stadtarchiv:

Bues: Meine Eindrücke über die Bildung von Soldaten- und Arbeiterräten in Flensburg, StA XII Hs 3153.

01 Andresen 20.06.2007 0:40 Uhr Seite 43

Hellwig, Hugo und Peter Michelsen: Die November-Vorgänge in Flensburg 1918. Intus: Stellungnahme Oberbürgermeister Todsen zu dem Inhalt, StA XII Hs 2119.
Materialsammlung: „Revolution 1918“, StA XIII Dr 3 l.
Spezialakten: Provisorische Provinzialregierung und örtliche Arbeiter- und Soldatenräte. Zuständigkeitsverhältnisse, StA C II 0171.

ab) Gedruckte Quellen:

Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Erfurt 1891; in: Susanne Miller/Heinrich Potthoff (Hg.): Kleine Geschichte der SPD. Darstellung und Dokumentation 1848-1990, Bonn [7]1991, S. 334-336.
Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Heidelberg 1925; in ebd., S. 361-367.
Programmatische Kundgebung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, März 1919; in: ebd., S. 351-353.
Verwaltungsbericht der Stadt Flensburg 1911-1926, hg. vom Magistrat der Stadt, Flensburg 1929.

b) Allg. Darstellungen:

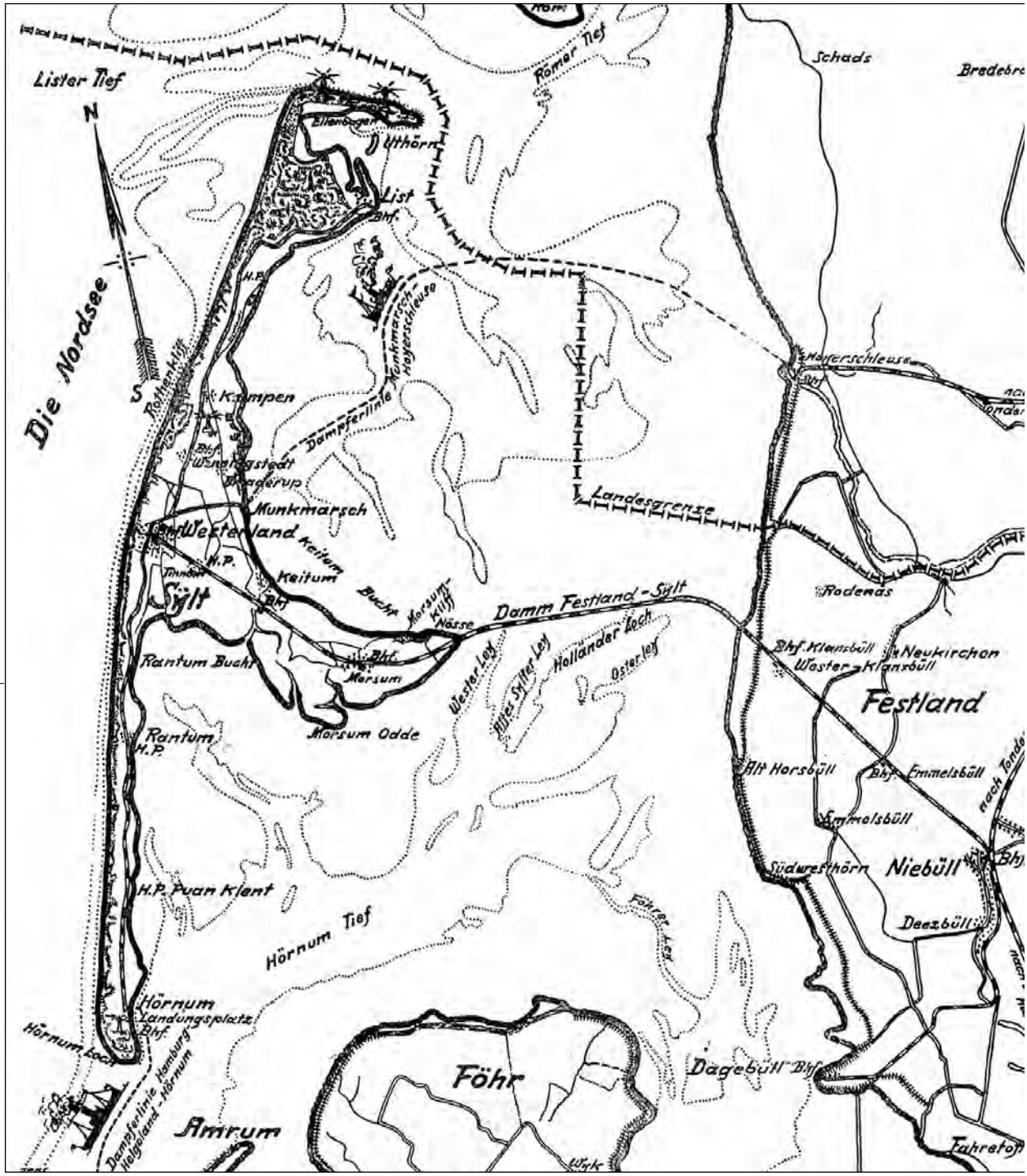
Dähnhardt, Dirk: Revolution in Kiel, Neumünster 1984.
Erdmann, Karl Dietrich: Die Zeit der Weltkriege. 1. Teilband, Stuttgart [2]1997.
Kolb, Eberhard: Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918-1919, Düsseldorf 1962.
Kluge, Ulrich: Die deutsche Revolution 1918/19, Frankfurt/Main 1985.
Kunkel, Jens: Die Arbeiter- und Soldatenräte in Schleswig-Holstein 1918-1919, Magisterarbeit in Kiel 1987 (ungedruckt).
Mommsen, Hans: Aufstieg und Untergang der Republik von Weimar. 1918 – 1933, München [2]2004.
Rürup, Reinhard: Die Revolution von 1918/19 in der deutschen Geschichte, Bonn 1993.

c) Flensburg:

Pust, Dieter: November 1918 in Flensburg; in: Flensburg in Geschichte und Gegenwart, hg. von der Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte, Flensburg 1972, S. 248-253.
Windmann, Horst: Flensburg von 1864 bis zur Abstimmung 1920; in: Flensburg – Geschichte einer Grenzstadt, hg. von der Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte, Flensburg 1966, S. 347-419.
Ders.: Die Flensburger SPD in der Zeit der Weimarer Republik: 1918-1923; in: 125 Jahre SPD in Flensburg 1868-1993, hg. von der Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte, Flensburg 1993, S. 38-61.

d) Zeitungen:

Flensburger Nachrichten (FN)
Flensburger Norddeutsche Zeitung (FNZ)
Flensburger Tageblatt (FT)
Flensburger Volkszeitung (FVZ)


Lister Tief
Römer Tief
Schads
Bredebro
N
Die Nordsee
Ellenbogen
Ythörn
List
Bhf.
H.P.
Rothenkliff
Munkmarsch
Hoyerschleuse
Hoyerschleuse
Kampen
Dampferlinie
Bhf.
Wanderup
Munkmarsch
Landesgrenze
Westerland
Keitum
H.P.
Keitum
Sylt
Bhf.
Bucht
Morsum-Kliff
Nässe
Damm Festland - Sylt
Rodenäs
Rantum Bucht
Bhf.
Morsum
Wester Ley
Alter Sylter Ley
Holländer Loch
Oster Ley
Bhf. Klanxbüll
Neukirchen
Wester-Klanxbüll
Festland
Rantum
H.P.
Morsum Odde
Alt Horsbüll
Bhf. Emmelsbüll
Emmelsbüll
Südwesthörn
Niebüll
H.P. Puan Klent
Hörnum Tief
Föhrer Ley
Deezbüll
Hörnum
Landungsplatz
Bhf.
Hörnum Loch
Dampferlinie Hamburg Helgoland - Hörnum
Föhr
Dagebüll Bhf.
Amrum
Wyk
Fahretoft